

Hannover | 15. und 16. Juni 2007

www.spd-bezirk-hannover.de

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert.

Rechenschaftsbericht zum Bezirksparteitag.



Impressum

Herausgeber

SPD-Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Verantwortlich

Stefan Schostok

Gestaltung

Knud Lagershausen

Christoph Matteredne

Redaktion

Sandra Middelbeck

Marga Süsselbeck

Andreas Kröpelin

Christoph Matteredne

Druck

Druckerei, Kopier- und Versandservice im

Kurt-Schumacher-Haus

Internet

www.spd-bezirk-hannover.de

Telefon

(05 11) 16 74-27 5

Telefax

(05 11) 1 31 75 77

E-Mail

info@spd-bezirk-hannover.de

Zum Geleit



Wolfgang Jüttner

Liebe Genossinnen und Genossen,

der letzte ordentliche Bezirksparteitag im Juni 2005 fand bereits am Fuße der vorgezogenen Bundestagswahlen statt. Unserem Spitzenkandidaten *Gerhard Schröder* und unserer Partei gelang es in den folgenden Monaten eine beispiellose Aufholjagd zu starten. Dem Wahlkampfauftakt in Hannover mit über 10.000 Menschen und der Veranstaltung in Celle mit über 5.000 Menschen folgten bundesweit sehr erfolgreiche Auftritte von Bundeskanzler und Kabinett, die die Menschen mitrissen. Bis zum Wahlabend prognostizierten die Umfrageinstitute einen klaren Wahlsieg von CDU/CSU und FDP. Der Abend endete mit einer Übererra-

schung und wenigstens einem Teilerfolg: Ein politischer Richtungswechsel in der Außenpolitik, der Steuer- und Finanzpolitik, den Arbeitnehmerrechten, der Umweltpolitik konnte verhindert werden. Das politische Ergebnis machte allerdings ein Weiterergerieren von Rot-Grün nicht möglich. Die Koalitionsverhandlungen für eine große Koalition ergaben für die SPD die Verantwortung in den Ressorts Außen- und Entwicklungspolitik, der Finanz-, Arbeitsmarkt-, Umwelt-, Gesundheits- und Justizpolitik. Die politische Herausforderung der kommenden beiden Jahre wird sein, in einer großen Koalition die Sicherung von Arbeitnehmerrechten zu betreiben, gleichzeitig die sich zeigenden verbesserten ökonomischen Spielräume als Ergebnis eigener Reformpolitik zu verstehen und für neue Reformen zu nutzen. Nachhaltige arbeitsmarktpolitische Erfolge, eine stärkere Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Aufschwung, gesetzliche Mindestlöhne, deutliche Bildungsreformen und Perspektiven für eine Bürgerversicherung nach 2009 sind unsere wichtigsten Ziele. Hier muss die SPD in schwierigerem politischem Umfeld das Terrain für eine neue sozialdemokratische Regierungspolitik schaffen.

Mit diesem von vielen nicht für möglich gehaltenen Mobilisierungserfolg ausgestattet, wandte sich die SPD in den Bezirken und im Land verstärkt den Vorbereitungen des Kommunalwahlkampfes zu. Allein im Bezirk galt es 143 Direktwahlen vorzubereiten. Die SPD im Bezirk hatte am 10. September mit der faktisch und symbolisch wichtigen Wahl des neuen Oberbürgermeisters *Stephan Weil* in der Landeshauptstadt Hannover und seinem Sieg im ersten Wahlgang ein wichtiges Signal gesetzt. Ihm folgte mit *Hauke Jagau* der neue Präsident in der Region Hannover in der Stichwahl.

Auch in vielen anderen Städten, Kreisen und Gemeinden bewies die SPD ihre große Verankerung: *Wolfgang Meyer* in Göttingen und *Ulrich Mädge* in Lüneburg als neue Oberbürgermeister, *Manfred Nahrstedt* im Landkreis Lüneburg und *Reiner Wegner* im Landkreis Hildesheim als Landräte, *Susanne Lippmann* als Bürgermeisterin in Hameln, *Elke Christina Röder* in Bad Pyrmont, *Silvia Nieber* in Bad Münder, *Harald Kühle* in Northeim, *Thomas Prinz* in Laatzen, *Bernrd Hellmann* in Stadthagen, *Otto Lukat* in Uelzen, *Karl-Heinz Wondratschek* in Sarstedt, *Wolfgang Walther* in Ronnenberg, *Karl-Heinz*

Zum Geleit

Buchholz in Rinteln, Alexander Heuer in Garbsen, Bernd Beushausen in Alfeld, Erich Schaper in Bad Salzdetfurth, Oliver Schäfer in Obernkirchen, Harald Krüger in Hess. Oldendorf, Ulrich Minkner in Einbeck, Claus-Dieter Schacht-Gaida in Hemmingen, Friedhelm Fischer in Langenhagen, Tjark Bartels in der Wedemark und... und... und...

Sie alle führten großartige Wahlkämpfe und machten die Wahl zu einem großen Erfolg für die SPD. Das Rezept, so ergaben immer wieder die Auswertungen, war ein von Partei und Kandidatinnen sehr direkt geführter Wahlkampf. Mit diesen Erfolgen, Erfahrungen und entsprechender Motivation ausgestattet gehtes nun seit Monaten an die Vorbereitungen des Landtagswahlkampfes.

Der politische Gegner in Niedersachsen hat durch Bundestagswahl und Kommunalwahl gelernt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich gegen neolibérale und marktradikale Politik wenden. So werden viele der von uns aufgeworfenen Themen in den vergangenen Monaten zwar „abgeräumt“, seies in der Hochschulpolitik, der frühkindlichen Bildung, im Kinderschutz, der Gleichstellung

von Behinderten und vielen anderen Themen.

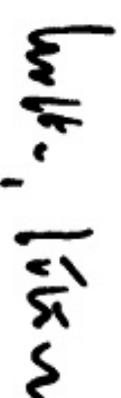
Wir werden aber in den kommenden sieben Monaten bis zur Landtagswahl am 27. Januar 2008 deutlich machen, dass eine sozialdemokratische Politik auf der Basis einer aktiven Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik den Herausforderungen der Zukunft und den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger gerechter wird - eben niedersachsendgerechter!

Ich danke im Namen des Bezirksvorstandes allen Mitgliedern, Aktiven und Helfern für ihren unermüdllichen Einsatz in den erfolgreichen Wahlen der vergangenen Jahre. Wir danken allen, die so schwierige, zum Teil zeitaufwändige, aber ungeheuer wichtige Funktionen und Mandate für die SPD bekleiden. Ihr repräsentiert unsere Partei nach außen so gut und seid vielen Mitgliedern in den Ortsvereinen und Unterbezirken große Vorbilder, für die es sich lohnt sich einzusetzen und Euch zu unterstützen! Genauso verstehen wir auch unsere Arbeit im Bezirk.

Dank an die Beschäftigten, die durch die Zusammenarbeit mit uns Ehrenamtlichen

die politische Arbeit erst auf ein sicheres Fundament stellen. Auf Euch ist wirklich immer Verlass! Und ein ebenso großer Dank an die Mitglieder des alten und neuen Betriebsrats, vor allem für die konstruktive und produktive - immer zeitaufwändige - Arbeit in den traditionell paritätisch besetzten Gremien der Finanzkommission, der Strukturkommission und der Tarifkommission. Die Ergebnisse Eurer Arbeit zeigen, dass Mitbestimmung erfolgreich ist und Ihr im Sinne der Beschäftigten und des SPD-Bezirks Hannover als „Unternehmen“ verantwortungsvoll und zukunftsorientiert handelt. Vielen Dank!

Euer



Wolfgang Jüttner
Bezirksvorsitzender

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

Der Bezirksparteitag am 25. und 26. Juni 2005 beauftragte den neu gewählten Bezirksvorstand mit der Vorbereitung der Bundestagswahl im Spätsommer 2005, mit der niedersächsischen Kommunalwahl 2006 und der Weiterentwicklung der SPD in Niedersachsen zu einer schlagkräftigen und kampagnenfähigen Partei als den bestimmenden Herausforderungen der vergangenen zwei Jahre. Hinzugekommen ist Mitte 2006 die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD.

Bundestagswahl 2005

Die Bundestagswahl war für die SPD in Niedersachsen mit 9,6 Prozentpunkten Vorsprung vor der CDU ein großer Erfolg. Bei den Zweitstimmen hatte die SPD im Bezirk Hannover in ihren 12 Wahlkreisen zwischen 4,1 und 20,2 Prozentpunkte Vorsprung vor der CDU. Im Bund hatten die SPD 34,2 Prozent, CDU (27,8) und CSU (7,4) zusammen 35,2 Prozent. Direkt gewählt wurden bis auf *Gerhard Schröder*, der als Spitzenkandidat auf eine Wahlkreis kandidatur verzichtete, *Rolf Kramer* im Wahlkreis 34 mit 45,7%, *Monika Griefahn* (WK 36 mit 44,2%), *Hedi Wegener*

(WK 37 mit 43,8%), *Sebastian Edathy* (WK 40 mit 51,6%), *Gerd Andres* (WK 41 mit 52,8%), *Edelgard Bulmahn* (WK 42 mit 54,3%), *Caren Marks* (WK 43 mit 49,9%), *Dr. Peter Struck* (WK 44 mit 46,7%), *Gabriele Lösekrug-Möller* (WK 46 mit 50,2%), *Dr. Matthias Miersch* (WK 47 mit 51,5%), *Bernhard Brinkmann* (WK 48 mit 51,0%), *Dr. Wilhelm Priesmeier* (WK 52 mit 50,5%) und *Thomas Oppermann* (WK 53 mit 46,8%).

Kommunalwahl 2006

Bei den Kreiswahlen (Region, Kreistage, kreisfreie Städte) entfielen auf die SPD landesweit 36,6% der Stimmen (CDU 41,3%), bei den Gemeindewahlen 36,8% für die SPD und insgesamt 5.683 Sitze (CDU 41,4% und 6.838 Sitze). Die anteiligen Ergebnisse des SPD-Bezirk Hannover lagen in diesem Schnitt: 36,44% und 37,04%. In der Vorbereitung der Kommunalwahlen gab es zwischen Landesverband und Bezirksvereinen enge Abstimmung und Zusammenarbeit, was sich in einer Gestaltungsrichtlinie und in der Bereitstellung einer Wahlsoftware für Formulare für die Gliederungen zeigte. In einer Diskussion um die **Kommunalpolitischen Leitlinien** des Landesverbandes Niedersachsen wurden in

enger Zusammenarbeit mit der SGK die wesentlichsten Themenfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik zusammengefasst. Für den Bezirk Hannover wirkte u.a. als stellvertretender Landesvorsitzender *Hauke Jagau* an der Arbeit im Landesverband mit.

In einer Bezirks-Projektgruppe (*Ulrich Wattermann, Wolf Kutzer, Stephan Klecha, Frauke Heiligenstadt, Caren Marks, Stefan Schostok, Brigitte Somfleth*) wurden die wesentlichen Vorbereitungen des Bezirks getroffen (Überarbeitung der Bezirksrichtlinien zur Aufstellung von Kandidaturen, der Richtlinien zur Tätigkeit der Fraktionen und der Orientierungsliste Sonderbeiträge). Wo notwendig und gewünscht wurde Beratung und Zusammenarbeit für die Planung des Kommunalwahlkampfes angeboten. Als Unterstützungskonzept für Gliederungen wurde zur Einsparung von Agenturleistungen die printBOX zusammen mit BWH-Medien aufgebaut und der Internetauswahlkampf mit Hilfe des Content-Management-Systems der SPD Niedersachsen vermittelt. Qualifizierungsmaßnahmen für Ratskandidatinnen und -kandidaten und Spitzenkandidaten und für die Unterstützung von Wahlkampfplanungen wurden durch die

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

Bildungskommission des Bezirks vermittelt: Qualifizierungsmaßnahme KAN für Hauptamtliche KandidatInnen, BürgermeisterInnen, LandrätInnen (SGK, FES, HVHS Springe) und Zukunft durch Qualifizierung (ZdQ) für Kandidierende (Gemeinde-/Orts-, Stadtrats- und Kreiswahllisten).

Als weitere konkrete Maßnahmen des Bezirksvorstands wurde ein Treffen der UB-Vorsitzenden mit dem gf. Bezirksvorstand im Februar 2006, die Kommunalpolitische Jahrestagung der KAN (SGK, FES, PBH, HVHS) im April 2006 und zwei Tagungen aller Bezirks-Beschäftigten zur gemeinsamen Vorbereitung der Kommunalwahl durchgeführt. Das Mentoringprogramm für Nachwuchs und zukünftig aktive FunktionärInnen des Landesverbandes und der Bezirke wurde ebenfalls genutzt.

Grundsatzprogramm

Nach der Bundestagswahl wurde die Fortsetzung der bundesweiten Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm mit dem Ziel des Beschlusses auf dem o. Bundesparteitag Ende 2007 im Hamburg aufgenommen. Der Parteivorstand beschloss am 15. Januar 2006 über die Einrichtung einer Redaktions-

gruppe und die Fortführung der Arbeit der Kommission. Eine erste Diskussionsvorlage von Thesen erfolgt vor den Sommerferien 2006. Der Bremer Programmentwurf fliegt seit Ende Januar 2007 vor und beschäftigte die Mitglieder des SPD-Bezirks Hannover am 16. Februar auf einem Kongress in Hannover. Über 500 Teilnehmer in Plenumsdebatte, Podiumsdiskussion und insgesamt 10 Foren diskutierten den Entwurf gründlich. Die Ergebnisse flossen in die ersten Anträge für den anstehenden Bezirksparteitag ein. Die herausgehobenen Themen des Bezirksvorstandes Hannover waren Zukunft des Sozialstaates und der sozialen Sicherungssysteme, Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik und die Perspektiven der Bildungsreform. Eine Projektgruppe im Bezirk Hannover hatte die Begleitung der Programmdebatte durch regelmäßige Treffen als Programmkoordination geleistet. Ihre Aufgaben waren die Zusammenfassung und Verdichtung der bisherigen Diskussion und die Vorbereitung der Meinungsbildung des Bezirks. Dies findet sich in den Anträgen wieder und wird bis zum Antragsschluss am 15. September fortgesetzt. Als inhaltlicher Bezugspunkte galten

auch die beiden Beschlüsse des Bezirksparteitags von 2005 (Anforderungen des Bezirks und Europapolitischer Antrag zum Grundsatzprogramm).

Die Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften ebenso die Unterbezirke und örtlichen Gliederungen haben sich 2006 und 2007 mit vielen Veranstaltungen in der Debatte engagiert.

Gerade die Programmdiskussion ist ein wichtiger Anlass, mit dem gesellschaftlichen Umfeld der SPD, den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaftsverbände und Kammern, Vereinen und Initiativen ins Gespräch zu kommen.

Als ein besonders wichtiges Arbeitsfeld sieht der Bezirksvorstand es an, das Verhältnis zu den Gewerkschaften und dem DGB durch gemeinsame produktive Diskussionen weiter zu entwickeln. Die Beteiligung am jährlichen Springer Dialog ist aus dem Grunde besonders wichtig für den SPD-Bezirk Hannover und konnte in den vergangenen beiden Jahren zunehmend erfolgreich gestaltet werden. Diese Arbeit muss fortgesetzt werden.

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

Landtagswahl 2008

Die politische Koordination der Landtagswahl liegt beim Landesvorstand mit seinen vier Bezirken. Der Landesverband hat die Wahlkampfzentrale „BASIS Team Niedersachsen 08“ eingerichtet und bereitet mit ihrer Arbeit die zentralen Elemente der Wahlkampagne und die Unterstützung der Kandidaten und Gliederungen für den Wahlkampf vor.

Die Vorbereitungen der Listenaufstellung sind durch die Bezirke größtenteils getroffen und werden am 30. Juni auf der Landesvertreterversammlung/Landesparteitag abgeschlossen.

Bereits f\u00fcrzeitig wurden durch den Landesverband und die Partei Arbeiten an wichti-

gen programmatischen Grundlagen begonnen: Die SPD Niedersachsen hat ein \u00fcberzeugendes Bildungspolitisches Konzept entwickelt. Der Bezirk Hannover hatte es seinen Mitgliedern auf einem eigenem Kongress am 10. M\u00e4rz 2006 vorgestellt und in Foren beraten, der Bildungsparteitag der SPD Niedersachsen am 10. Juni 2006 hat es nach gr\u00fcndlicher Diskussion in Wolfsburg beschlossen.

Ein Wirtschaftspolitisches Programm wurde vom Landesverband im April 2007 nun vorgestellt. Diese Programme und zus\u00e4tzlich weitere programmatische Eckpunkte f\u00fcr Themen der Migration und Integration, die zurzeit erarbeitet werden, sind wichtige Grundlagen f\u00fcr das Wahlprogramm der SPD

Niedersachsen. Die Gliederungen werden es nach dem Landesparteitag (Nominierung des Spitzenkandidaten, Landeslistenaufstellung und Vorstellung des Wahlprogrammentwurfs) gr\u00fcndlich bis zum a.o. Landesparteitag am 10. November 2007 diskutieren k\u00f6nnen.

Die Vorbereitungen des Landtagswahlkampfes werden in den kommenden Monaten weiter so intensiv sein, die Zusagen der finanziellen Solidit\u00e4t werden eingehalten und die Gliederungen der SPD im Bezirk, den Bezirken insgesamt und in Niedersachsen werden alles daf\u00fcr tun, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf bis zum 27. Januar 2008 bestreiten.

R\u00fcckblick: 60 Jahre Parteitag des SPD Bezirks Hannover

Die bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945 f\u00fchrte zum Untergang des „Dritten Reiches“ und zur Befreiung von der Hitler-Diktatur. Deutschland wurde in Besatzungszonen der vier Siegerm\u00e4chte, die \u00fcber das politische und milit\u00e4rische Schicksal der Deutschen bestimmten, aufgeteilt. Zerst\u00f6-

te St\u00e4dte, Tr\u00fammer und Millionen von Fl\u00fcchtlingen, die aus den \u00f6stlichen Reichsgebieten nach Westdeutschland kamen, waren die ersch\u00fctternden Bilder aus diesen Jahren.

Mit dem Kriegsende und der allm\u00e4hlichen

Einsicht, dass der Zusammenbruch einer Befreiung gleichkam, wurde langsam mit dem Neuaufbau begonnen. Es bildeten sich mit der Einsetzung von R\u00e4ten und B\u00fcrgern meistern in den St\u00e4dten und Gemeinden der britischen Besatzungszone erste demokratische Strukturen heraus.

Rückblick: 60 Jahre Parteitag des SPD Bezirks Hannover

Auch in der Partei wurde die Reorganisation zunächst spontan auf lokaler und regionaler Ebene durch Initiativgruppen vorangetrieben. *Kurt Schumacher* wurde nach seiner Inhaftierung im KZ Neuengamme Hannover als Aufenthaltssort zugewiesen und er bereitete bereits 1944 mit einigen Genossen den Wiederaufbau der SPD vor. Treffpunkt war u.a. die Wohnung des früheren SPD-Bezirkssekretärs und späteren Barsinghäger Gemeindedirektors *Wilhelm Heß*.

Am 19. April 1945 rief er Sozialdemokraten in Hannover zusammen, die gemeinsam den Beschluss fassten die Partei wieder aufzubauen und eine Reichskonferenz einzuberufen.

Noch bevor die bedingungslose Kapitulation besiegelt wurde, hielt *Kurt Schumacher* am 6. Mai 1945 in Hannover bei einer SPD-Kundgebung eine programmatische Rede, in der er den Bestrebungen eine „Einheitspartei“ mit den Kommunisten zu bilden eine kompromisslose Abfuhr erteilte. Auf der Reichskonferenz in Wennigsen am 5. und 6. Oktober 1945 schwor *Kurt Schumacher* die Sozialdemokratie in den Westzonen auf seinen antikomunistischen Kurs ein. Er setzte sich gegen die „Londoner Gruppe“

um *Erich Ollenhauer* und gegen die „Berliner Gruppe“ um *Otto Grotewohl* durch. In den Westzonen formierte sich die SPD als eine demokratisch-sozialistische Volkspartei, die eine Öffnung zu den Mittelschichten anstrebt. In der Ostzone gelang es der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) unter *Wilhelm Pieck* und *Walter Ulbricht* mit Unterstützung der sowjetischen Machthaber, die starken sozialdemokratischen Kräfte in ein Parteibündnis zu zwingen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) als diktatorische Einheitspartei zu konstituieren. Der „Vereinigungsparteitag“ fand am 21./22. April 1946 im „Admiralspalast“ im Ostsektor Berlins statt. In der sowjetischen Besatzungszone hatte damit die SPD aufgehört, als eigenständige Kraft zu bestehen. Mehr als fünftausend SPD-Mitglieder wurden verhaftet, Tausende mussten flüchten. Kommunisten besetzten die Schlüsselpositionen der neuen Partei, und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund geriet unter deren Herrschaft.

Am 9. Mai 1946 traten die Delegierten aus den drei Westzonen und aus Berlin zum ersten Parteitag nach dem Krieg in Hannover zusammen und mit der einstimmigen

Wahl *Kurt Schumachers* zum ersten Vorsitzenden wurde die Neuorganisation schließlich besiegelt.

Der erste Bezirksparteitag in Barsinghausen



Rückblick: 60 Jahre Parteitag des SPD Bezirks Hannover

Nach der Reichskonferenz in Wennigsen im Oktober 1945 und dem ersten Parteitag der SPD nach Kriegsende im Mai 1946 in Hannover war der Parteitag des SPD Bezirks in Barsinghausen am 17./18. August 1946 das dritte parteipolitische Großereignis im Bezirk Hannover. Auch wenn diesem Parteitag nicht unbedingt eine deutschlandweite Bedeutung zukam, so war es aber ein weiterer wichtiger Schritt zu einem organisatorischen Neuaufbau der Partei. Gleichzeitig war er auch Auftakt des Wahlkampfes zur

ersten freien Kommunalwahl im September 1946 nach dem Krieg im neugegründeten Bundesland Niedersachsen. Seitens der britischen Provinzialmilitärregierung wurden 1946 die Vorbereitungen zur Gründung des Landes Niedersachsen getroffen. Der erste hannoversche Landtag trat dann am 23. August 1946 zusammen; mit der Verordnung Nr. 55 wurde das Land Niedersachsen zum 1. November 1946 schließlich ins Leben gerufen.

Die hannoversche Zeitung veröffentlichte am 7. August 1946 die Einladung mit Tagesordnung für den ersten Parteitag des SPD-Bezirks Hannover. Die Wahl des neuen Bezirksvorstandes und ein kommunalpoliti-

sches und agrarpolitisches Referat waren vorgesehen. *Kurt Schumacher* trat aufgrund seiner neuen Aufgabe als Parteivorsitzender nicht mehr für die Position des Bezirksvorsitzenden an, so dass als sein Nachfolger *Richard Borowski* kandidierte. Als sein Stellvertreter wurde *Robert Hoffmeister* und als weitere Kandidatinnen *Johannes Lau*, *Wilhelm Kospeter*, *Albert Heuer*, *Dr. Ernst Nölling*, *Ludwig Böcker*, *Ernst Kipker*, *Hermann Hasselbring*, *Rosa Helfers*, *Wilhelmine Ludwig* und *Marie Frejawa* vorgeschlagen.



Dass die Wahl für den Ort des Parteitages auf Barsinghausen fiel, ist nach heutigen Erkenntnissen wohl auf enge freundschaftliche Kontakte zwischen den führenden Sozialdemokraten, *Kurt Schumacher*, *Egon Franke*, *Marie* und *Wilhelm Heß* zurückzuführen. *Wilhelm Heß* war vor 1933 unter anderem Bezirkssekretär im SPD-Bezirk Hannover und *Marie Heß* war Mitglied der Reichsleitung der SPD. *Kurt Schumacher*, der auch wie *Wilhelm Heß* im KZ Neuengamme war, besuchte die beiden vor Ende des Krieges häufiger in Hannover.

Vorsitzende des SPD Bezirks Hannover seit 1946

1945 - 1946	<i>Kurt Schumacher</i>
1946 - 1950	<i>Richard Borowski</i>
1950 - 1952	seit dem 1. Parteitag am 17./18. August 1946
1952 - 1970	<i>Bruno Leddin</i>
1970 - 1983	<i>Egon Franke</i>
1983 - 1993	<i>Peter von Oertzen</i>
seit 1993	<i>Gerhard Schröder</i>
	<i>Wolfgang Jüttner</i>

Mitglieder des Bezirksvorstandes

Die Delegierten des Bezirksparteitages wählten am 25. und 26. Juni 2005 in Hannover folgenden Bezirksvorstand:

Vorsitzender

*Jüttner, Wolfgang**

stellv. Vorsitzende

*Tonne-Jork, Elke**

*Watermann, Ulrich**

Schatzmeister

*Kutzer, Wolf**

weitere Mitglieder

Heiligenstadt, Frauke; Jagau, Hauke*;*

Lösekrug-Möller, Gabriele; Schostok,*

Stefan Ltd. Geschäftsführer

Brinkmann, Markus; Dehde, Klaus-Peter;

Finke, Karl; Friedemann, Waltraud;

Hanenkamp, Erika; Klecha, Stephan, König,

Uwe; Leuschner, Sigrid; Marks, Caren;

Meinhold, Walter; Schwarz, Uwe; Somfleth,

Brigitte; Vollmer, Sebastian

In seiner Funktion als leitender Bezirks-

schaftsführer gehört *Stefan Schostok** dem

Bezirksvorstand als stimmberechtigtes

Mitglied an.

Mitglieder des Vorstandes

mit beratender Stimme

Zu den Sitzungen wurden mit beratender

Stimme folgende GenossInnen eingeladen:

Partei Vorstand

Bulmahn, Edelgard

Wettig-Danielmeier, Inge

Bundesminister der Verteidigung (bis November 2005)

Struck, Dr. Peter,

Vorsitzender der SPD-Bundtagsfraktion

Parl. Staatssekretär

Gerd Andres

Landesgeschäftsführer

Wilhelmy, Dr. Frank

Vertreter Unterbezirk Schaumburg

Husmann, Dr. Udo

Vertreter Unterbezirk Diepholz

Kramer, Rolf

Vertreter Unterbezirk Lüneburg

Nahrstedt, Manfred

Vertreter Unterbezirk Celle

Schmidt, Maximilian

Betriebsrat

Rinne, Christine

AWO-Vertreter

Drewes, Otto (bis April 2006), Fittta, H.

Joachim (ab April 2006), Plaue, Axel

SPD-Landtagsfraktion

Seeler, Silva

Europaabgeordnete

Mann, Erika

ASF

Huxhold, Erika (bis April 2006)

Haut, Regina (ab Mai 2006)

AfA

Lenz, Günter

AGS/AGW

Prinz, Thomas

ASJ

Middelbeck, Sandra; Nicholls, Robert

ASG

Drabke, Wilhelm

AvS

Wiedemann, Wilfried (bis Februar 2006);

Brandenburg, Maren; Freter, Wolfgang

60plus

Riegel, Frieda

DGB Niedersachsen

Tölle, Hartmut

Kooptiert für Europa-Projekt

Lange, Bernd

„Die Falken“

Runge, Nicolas

JUSOS

Haas, Julia (seit Mai 2005)

Revisorinnen

Bürmann, Arno; Friedrichs, Heidi; Thörmer,

Heinz (bis Oktober 2006)

GeschäftsführerInnen

Kröpelin, Andreas; Matterne, Christoph;

Schell, Hansjörg; Süsselbeck, Marga

* = Mitglieder des geschäftsführenden Bezirksvorstandes

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA)

Nach der Bundestagswahl 2005 und der Bildung der großen Koalition stand die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen aus der Koalitionsvereinbarung im Vordergrund der politischen Aktivitäten der AFA.

Beginnend mit der Bezirkskonferenz am 26. November 2005, bei der Kollege M.

Vassilliadis vom Vorstand der IG BCE zum Thema „SPD und Gewerkschaften - wie viel Veränderung brauchen wir?“ referierte, stand das Verhältnis SPD und Gewerkschaften im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Es folgte die Arbeitnehmerkonferenz

am 15. November 2006 mit *Garret Duin*, MdB, Landesvorsitzender zum Thema „Sozialdemokratische Arbeitnehmerpolitik im Lichte der großen Koalition“ sowie die Wochenendschulung in Springe im Dezember 2006, an der über 30 Betriebsräte und Vertrauensleute teilnahmen. Dabei stand die Absicht im Vordergrund, die unterschiedlichen Positionen in wichtigen Politikfeldern zu diskutieren und zu moderieren, sowie Gemeinsamkeiten für die politische Arbeit zu entwickeln.

Schwerpunktt Themen dabei waren

- Gesundheitsreform
- Kombi lohn und Mindestlohn
- Ladenschlussgesetz
- Steuerpolitik im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung und Reform von Unternehmens- und Erbschaftsteuer
- Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre durch das so genannte Rentenanpassungsgesetz sowie den Auslauf der bezuschussten Altersteilzeit im Jahre 2009.

Insbesondere die „Rente mit 67“ und das damit einhergehende Agieren von SPD-Regierungsvertretern hat zu weiteren Verwerfungen zwischen Gewerkschaften und SPD geführt. Diese konnten nur bedingt durch die deutlich differenziertere Position von Landtagsfraktion und Landespartei zum Fortführen der bezuschussten Altersteilzeit eingegrenzt werden, belasten aber die Zusammenarbeit im nahenden Landtagswahlkampf.

Zur strukturellen Entwicklung der

AFA

Diese Entwicklung hinterließ auch Spuren bei der AFA. Die Zahl der aktiven Mitglieder sowie die Anzahl von Betriebsgruppen hat abgenommen. Betriebs- und Personalräte und hauptamtliche Gewerkschafter sind schwerer zu erreichen.

Dagegen steht aber die erfolgreiche Reaktivierung von AFA-Strukturen durch Gründung eines neuen AFA-Vorstandes im UB Northeim/Einbeck und im UB Region Hannover sowie eine länderübergreifende AFA-Arbeit im Eichsfeld.

Zum Stand der überbezirklichen Arbeit

Der Bezirk Hannover ist im AFA-Bundesvorstand durch *M. Brinkmann* (UB Hildesheim) und im AFA-Landesausschuss durch *D.-P. Harling* (UB Göttingen) vertreten. Darüber hinaus war der Bezirk Hannover mit 17 Delegierten auf der Bundeskonferenz in Kassel sowie auf den Regionalalkonferenzen der norddeutschen Bundesländer vertreten.

für die AFA: Günter Lenz, Markus Brinkmann

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)

Gremien

Im Rechenschaftszeitraum wurde der Vorstand regelmäßig einberufen. Neben etwa vierteljährlichen Regelsitzungen kam es zu Sondersitzungen, Vorstands-Ad-hoc-Arbeitsgruppensitzungen und Umlaufbeschlüssen. Den Regelsitzungen ging in den meisten Fällen eine Landesvorstandssitzung voraus. Die Sitzungen waren mitgliederoffen, worauf aber nur selten zurückgegriffen wurde.

An den Landesklausursitzungen der AGS im November 2005 und Oktober 2006 wurde teilgenommen.

Die Bundesvorstandssitzung/-ausschusssitzung im Februar 2006 wurde beschickt, ebenso der anschließende Wirtschaftsempfang mit der Verleihung der SPD-Innovationspreise. In 2005 konnte lediglich am Wirtschaftsempfang und der Preisverleihung teilgenommen werden.

Zur Bundeskonferenz am 28./29. April 2006 wurde eine große Delegation entsandt. Zwei Anträge wurden gestellt, über die AGS-Gremien auf den Bundesvorstand

einzuwirken. Mit einem Antrag sollte die innerparteiliche Willensbildung durch eine verbesserte Verankerung der Arbeitsgemeinschaften in der Satzung optimiert werden; der andere befasste sich mit der besseren Thesaurierung von Überschüssen in ICh-AG, um den einzelnen Unternehmen über die Möglichkeit, nachhaltiger zu wirtschaften, dauerhafte Zukunftschancen zu eröffnen.

Im Jahr 2005 hat sich erstmals eine Unterbezirks-AGS etabliert, im UB Göttingen.

Aktionen

Das Gespräch wurde mit *Günter Lenz*, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, gesucht. Ein Papier zur Deregulierung wurde vom Vorstand erarbeitet und ihm übergeben.

Das Jahr 2005 war geprägt durch eine Umfrage bei den Unterbezirken, Bürgermeistern und Landtagsabgeordneten, mit der unternehmerisch tätige Parteimitglieder vollständiger erfasst werden sollten als zuvor, um sie besser in eine AGS-Arbeit einbinden zu können. Der Rücklauf war

wenig zufriedenstellend.

Der AGS-Internetauftritt wurde neu gestaltet.

Ein AGS-Stammtisch wurde begründet, der am 24. Februar 2005 erstmals zusammentrat. Anschließend wurde versucht, einen Vierteljahreshrhythmus zu etablieren. Die Resonanz war sehr unterschiedlich und wesentlich von den angebotenen Referaten, den Referenten oder gewählten Themenschwerpunkten abhängig.

Von September 2006 bis April 2007 wurde eine Veranstaltungsreihe aufgelegt, die am Beispiel einer Erweiterungsinvestition verschiedene Schnittstellen aufgreift, die sich zwischen Unternehmen und Politik oder Verwaltung eröffnen. Durch Firmenbesuche, Vorträge und Diskussionen wurden die Schnittstellen ausgefüllt.

Im Februar 2007 nahm die AGS erstmalig mit einem Stand am jährlichen „Kongress für Unternehmerinnen und Freiberuflerinnen“ in Hannover teil.

für die AGS: Thomas Prinz

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Vorstand

Vorsitzende: *Regina Haut* (UB Celle)

Stellvertreterinnen: *Waltraud Friedemann* (UB Hildesheim), *Astrid Schlegel* (UB Diepholz)

Beisitzerinnen: *Helmi Behbehani* (UB Göttingen), *Marina Brand* (UB Schaumburg), *Naciye Celebi-Bektas* (Region Hannover), *Brigitta Franke* (Region Hannover), *Gisela Göldner* (Region Hannover), *Rotraut Hamer-Sohns* (UB Hildesheim), *Erika Huxhold* (Region Hannover), *Hilke Mammen* (UB Lüneburg), *Kirsten Martens* (UB Hameln), *Birgit Menzel* (UB Nienburg), *Reinhild Probst* (UB Hildesheim), *Petra Rudolphi-Korte* (UB Göttingen), *Insa Wiethaup* (UB Göttingen), *Stephanie Wirth* (Region Hannover)

Aktivitäten

- Klausurtagung
- Beiratsitzungen
- ASF Bundesvorstand (*Regina Haut*)
- Bundesausschuss (*Erika Huxhold*)
- ASF Landeskonzferenz Juni 06 in Hameln
- ASF Bundeskonferenz September 06 in Berlin
- Bezirksvorstand (*Regina Haut* und *Waltraud Friedemann*)
- Gleichstellungskommission (*Birgit*

- Menzel, Waltraud Friedemann, Regina Haut*)
- Gemeinsame Sitzungen mit ASG, ASJ, AK SPD und Kirche

Themen

Das Thema **Gender Budget** bestimmt nach wie vor die Programmatik der ASF im Bezirk Hannover. Eine Delegation des ASF Bezirksvorstands besuchte im September 2006 das Gender Kompetenzzentrum in Berlin, um sich umfassend zu informieren. Es gelang bislang nicht, den Gender Ansatz wenigstens in die kommunalen Haushaltsberatungen so zu implementieren, dass sich daraus konkrete Handlungsansätze ergeben. Dieses bleibt als permanente Aufgabe bestehen.

Einführung des Mindestlohns (Adressat Bundestagsfraktion).

Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Thema **Migration**. Auf der Klausurtagung im Oktober 2006 diskutierte der Vorstand das Vorgehen.

Naciye Celebi-Bektas (Beisitzerin im Vorstand) führte in das Thema mit einem Impulstreferat ein. Wir verabredeten folgendes Vorgehen:

1. Eine „prominente“ Migrantin soll Impulse geben in einer öffentlichen Veranstaltung (siehe 19. April mit *Seyran Ates*)
2. Eine Veranstaltungsreihe in Kooperation mit anderen Arbeitsgemeinschaften (ASG und ASJ) soll vorbereitet werden.

Die **Landeskonzferenz** der ASF in Hameln diskutierte u.a. folgende Anträge aus dem Bezirk Hannover: Mehr Anstrengungen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie (Adressat Bundestagsfraktion), Führungspositionen von Frauen in der Wissenschaft erhöhen, Landesregierung und ihre Ministerien sollen sich der Auditerung "Familie & Beruf, unterziehen, (Adressat Landtagsfraktion),

Am 24. November 2006 fand die erste Beiratssitzung nach den Vorstandswahlen im Niedersächsischen Landtag statt, Thema **Migration und Gesundheit**. Der Geschäftsführer des Ethno-Medizinischen-Zentrum e.V., *Ramazan Salman*, stellte die Projekte zur interkulturellen Gesundheitsförderung und Prävention vor: MiMi Gesundheitsprojekte (Migranten für Migranten). Frauen aus dem Bezirk nahmen teil und planen - soweit sie über Kommu-

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

nalmandate verfügen - ähnliche Projekte in ihrer Rats- und Kreistagsarbeit zu initiieren. Es gab zwei „Neugründungen“, von ASF-Gliederungen im Bezirk Hannover, die vom ASF Vorstand begleitet und unterstützt wurden: ASF UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg und ASF Großburgwedel.

Die ASF diskutierte den Programmmentwurf zum Grundsatzprogramm während mehrerer Sitzungen und **leitete ein Forum Gleichstellung** auf dem Kongress des Bezirks Hannover zum Grundsatzprogramm am 16. Februar 2007 in Hannover. Als Ergebnis ist hervorzuheben, dass die Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieses Forums fordern, Frauenpolitik und Familienpolitik klar zu

trennen. Gender Mainstreaming soll konsequent angewendet werden, vor allem in folgenden Politikfeldern: Berufschancen, Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung in der Wirtschaft, Integration von Frauen mit Migrationshintergrund.

Gemeinsam mit drei weiteren Arbeitsgemeinschaften des Bezirks Hannover (ASG, ASJ und AK SPD und Kirche) wird in der 2. Hälfte des Jahres 2007 für den Bereich Migration folgende Reihe angeboten:

- Migration und Gesundheit
- Bleiberecht - Lebensperspektive statt Abschiebung?
- Herausforderungen und Chancen der Kirche in der Migrationsarbeit

Die Arbeit im **Bundesausschuss** (*Regina Haut*) konzentrierte sich im Wesentlichen auf den Programmmentwurf zum Grundsatzprogramm und die inhaltlichen Vorbereitungen der zentralen Bundesveranstaltungen wie u.a. Kirchentag im Juni in Köln und Bundesparteitag im Oktober.

Die Arbeitsgruppe von SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand, vertreten durch *Nicolette Kressel*, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, berichtete im Bundesvorstand zum Thema „Neue Akzente in der Familienpolitik“, der Bericht liegt seit Februar 2007 vor.

für die ASF: Regina Haut

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Die ASG ...

- Ist eine von neun Arbeitsgemeinschaften der SPD
- Ist die Arbeitsgemeinschaft aller im Gesundheitswesen Tätigen in der SPD
- Ist das Forum für sozialdemokratische Gesundheitspolitik
- Gibt mit ihrem Fachwissen Impulse für gesundheitspolitische Entscheidungen
- Steht allen Interessierten offen
- Orientiert sich an einer bürgernahen und solidarischen Gesundheitspolitik
- Arbeitet im Netzwerk Gesundheit mit

Arbeitsschwerpunkte in den letzten zwei Jahren:

1. Veranstaltungen u.a. zu folgenden Themen
 - Ist das Gesundheitswesen besonders anfällig für kriminelle Machenschaften? Nach den aktuellen Berichten in den Medien ist dieses ein aktuelles Thema, denn es werden weiterhin durch kriminelle Machenschaften Teile der Ausgaben im Gesundheitswesen zweckentfremdet.
 - Die Ärztekammer
Hier wurde aus Anlass der Kammerwahlen die neue Ärztekammer-

präsidentin *Dr. Martina Wenker* zu einem Vortrag „In welcher Richtung werden die gesundheitspolitischen Weichen für die Zukunft gestellt?“ Und zu dem Thema

- „Patientenrechte und Patientenschutz“ eingeladen. Der Kontakt zur Ärztekammer war von besonderer Bedeutung, da hier keine Verbindungen mehr bestanden.
- „Hartz IV und die Folgen“ Viele Aussagen dieser Veranstaltung finden wir heute in der Rechtsprechung wieder.
- „Gesetzliche Unfallversicherung VII (SGB VII) Die Veränderungen im Leistungsrecht der Gesetzlichen Unfallversicherung haben uns aufgeschreckt und deshalb ist es hier von besonderer Bedeutung welche Konsequenzen dieses für die Arbeitnehmer bringt.

- „Die Pflegeversicherung vor der Reform“ Die Pflegeversicherung wird die gesetzliche Sozialversicherung sein, die in den nächsten Jahren ständiger Änderungen unterliegen wird und deshalb wird die ASG im Bezirk Hannover auch dieses Thema ständig begleiten und am Veränderungsprozess mitarbeiten.
- Veranstaltungsreihe „Migration“
Hier handelt es sich um eine Veranstaltungsreihe die mit drei wei-

ren Veranstaltungen bis zum Jahresende durchgeführt wird.

Veranstaltungen, die in andere Arbeitsgemeinschaften übergreifende Themen ansprachen, wurden mit diesen gemeinsam durchgeführt. Ein Ziel der Veranstaltungen ist es Nichtparteimitglieder für die Arbeit der Partei in gewissen Bereichen anzusprechen, welches uns in den letzten Jahren erfolgreich geglückt ist. Weiter wurde eine Veranstaltung zur Pflegeversicherung auch in einem Unterbezirk (Hameln-Pyrmont) vor der Kommunalwahl 2006 durchgeführt.

2. Mitarbeit an der Gründung der ASG in Nord-Niedersachsen.
Im Bezirk Nord Niedersachsen war bis Ende Mai 2006 keine ASG vorhanden und deshalb ist es umso erfreulicher, dass hier im ersten Anlauf eine ASG erfolgreich mit der Unterstützung der ASG im Bezirk Hannover ins Leben gerufen werden konnte. Dieses ist im Bezug auf das einheitliche Auftreten in der Gesundheitspolitik ein wesentlicher Aspekt.
3. Teilnahme an der Bundeskonferenz und an den Sitzungen des Bundesausschusses.
Die ASG im Bezirk Hannover hat im Jahre

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

2006 an der Bundeskonferenz aktiv teilgenommen und nicht mit Kritik an der Gesundheitsreform gespart.

Der Vorstand der ASG im Bezirk Hannover besteht aus einer Sprechergruppe von sieben Personen.

Ausblick: Die ASG wird auch in Zukunft den Dialog mit allen am Sozial- und Gesundheitswesen Beteiligten führen und somit sich aktiv an den Veränderungsprozessen u.a. im Gesundheitswesen und der Pflegeversicherung beteiligen.

für die ASG: Wilhelm Drabke

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Inhaltlich hat sich die ASJ im Bezirk Hannover seit Mitte 2005 schwerpunktmäßig mit u.a. der Justizreform, dem Strafvollzugsgesetz, der europäischen Rechts- und Innenpolitik, dem Antidiskriminierungsgesetz und dem Lebenspartnerschaftsgesetz auseinandergesetzt.

Aktuell befasst sich die ASJ mit der Föderalismusreform und beteiligt sich an der Diskussion um den Entwurf des Grundsatzprogramms. Es finden neben den Veranstaltungen monatliche Vorstandssitzungen statt.

Die ASJ im Bezirk Hannover arbeitet eng mit der Landeskoordination zusammen und erarbeitet gemeinsam die jährlich stattfindende rechts- und innenpolitische Fachtagung in Springe, die in diesem Jahr vom 9.-10. Juni 2007 stattfindet. Außerdem beteiligt sich der Vorstand an der neu eingerichteten Projektgruppe „Innenpolitik“ des ASJ-Bundesvorstandes. Vertreter im Bundesausschuss ist *Robert Nicholls*.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen erfolgte eine Mitarbeit am Regionswahlprogramm zu den Bereichen Migration,

Sicherheit und Krankenhausversorgung. Folgende beispielhafte Veranstaltungen sind in den letzten Jahren durchgeführt worden:

Europäische Rechts- und Innenpolitik

Im Rahmen der Fachtagung in Springe wurde u.a. über Vorklagen im Bereich europäischer Rechts- und Innenpolitik diskutiert. Dabei wurden die Tätigkeiten von EUROJUST und EUROPOL näher betrachtet und festgestellt, dass eine verstärkte Harmonisierung im Bereich des Strafvollzugs auf europäischer Ebene unerlässlich ist. Ziel muss es sein, das Strafmaß internationaler und grenzüberschreitender Straftaten anzupassen. Zur weiteren Vertiefung, speziell zum europäischen Haftbefehl wurde eine Veranstaltung mit *Prof. Radtke* im April 2006 durchgeführt.

Zusammenarbeit mit der ASG

Die ASJ kooperiert an den „juristischen Schnittstellen“ seit Jahren mit der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen. Gemeinsame Veranstaltungen wurde durchgeführt zu u.a. dem Rechtsdienstleistungsgesetz und zu Hartz

IV. In Planung ist eine Diskussionsreihe mit der ASG und der ASF zu „Integration/Migration“ in diesem Jahr.

Weitere Veranstaltungen

Die ASJ hat zu dem Thema: „Luftsicherheit und Terrorismus - Wo sind die Grenzen der Gefahrenabwehr?“ am 22. Februar 2007 *Prof. Kühne*, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsgeschichte der Universität Hannover, eingeladen. Es wurde über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Flugsicherheitsgesetz und den Vorschlägen zur Grundgesetzänderung diskutiert.

Um sich mit dem Problem der Telekommunikationsüberwachung auseinanderzusetzen wurde der ehemalige Datenschutzbeauftragte des Landes Niedersachsen Burkhard Nedden eingeladen.

Entwurf des Grundsatzprogramms

Die ASJ beteiligt sich an der Diskussion um den Entwurf und setzt sich vor allem mit dem Themenbereich „aktive Bürgerschaft und demokratischer Staat“ intensiv auseinander. Als Referent zu diesem Thema ist *Matthias Miersch*, MdB bei der ASJ-Bezirkskonferenz zu Gast.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

ASJ-Landeskoordination

Die ASJ-Landeskoordination ist der Zusammenschluss der ASJ-Bezirke in Niedersachsen. *Robert Nicholls* ist Landesvorsitzender der ASJ-Landeskoordination, die das jährlich stattfindende rechts- und innenpolitische Seminar organisiert und Kontakt zum AK-Recht der SPD-Landtagsfraktion hält.

ASJ Bezirksvorstand

Vorsitzende der ASJ im Bezirk Hannover ist bis zur Bezirkskonferenz *Sandra Middelbeck* und Stellvertreter ist *Robert Nicholls*.

Internetauftritt

Der Internetauftritt der ASJ im Bezirk Hannover wurde überarbeitet und ist unter:

www.asj.spd-bezirk-hannover.de

zu finden.

für die ASJ: Sandra Middelbeck

Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter SozialdemokratInnen (AVS)/ Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

<p>Der AVS/Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus soll in der inhaltlichen Ausrichtung thematisch ausgeweitet werden. Für die kommende Arbeit planen wir, den Arbeitskreis unter das Schwerpunktthema „Grundwerte und politische Bildung“ zu stellen, wobei die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nach wie vor den Bezugspunkt der Arbeit im Bezirk Hannover bilden soll. Das historische Erbe aus der Parteigeschichte wird weiterhin die zentrale Leitlinie der künftigen Veranstaltungen sein. Im Vordergrund stehen hierbei die aus dem Erbe der Sozialdemokratie abgeleiteten zentralen Grundwerte. Schließlich ist gerade die SPD als älteste demokratische Partei Deutschlands in besonderer Weise legitimiert, den Kampf gegen Rechtsextremismus zu führen. Dieser Kampf darf sich nicht auf Repression und ebenso plakative wie vordergründige Ablehnung beschränken, sondern muss vielmehr die inhaltliche und wertgebundene Auseinandersetzung suchen. Hierzu gehört es eben auch, den Finger in die Wunde der menschenfeindlichen Prädispositionen und Vorurteilsstrukturen zu legen und die sozialen Bedingungen für Rechtsextremismus aufzuzeigen. Kampf gegen Rechtsextremismus bedeutet</p>	<p>das hintergründige Erklären solcher Einstellungsmuster und nicht das bloße Beklagen gewalttätiger Vorkommnisse. Es genügt eben nicht, in politischen Sonntagsreden allein Abscheu zu dokumentieren - dies machen Konservative allzu gerne. Die konzeptionelle Beschäftigung mit dem Thema und die Erarbeitung von politischen Handlungsstrategien sollten Sozialdemokraten in Niedersachsen nicht anderen überlassen.</p> <p>Die Themen, die im Arbeitskreis diskutiert und in konkrete Veranstaltungen umgesetzt werden, umfassen die Bereiche „Soziale Frage“, „Bildung“ und „Wertediskussion“. Die Veranstaltungen wenden sich nicht nur an Sozialdemokraten, sondern an politisch interessierte Bürger, insbesondere an Multiplikatoren. Hierdurch soll die sozialdemokratische, innerparteiliche Debatte an ein möglichst breites Publikum herangetragen werden. (Die derzeitige Landesregierung hat mit der Auflösung der Landeszentrale für Politische Bildung ein wichtiges Instrument der Lehrerfortbildung beseitigt!). Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Jahres 2007 soll eine große Veranstaltung mit dem Arbeitstitel „Dem Rechtsextremismus mit positiven Werten entgegentreten - Demo-</p>	<p>kratieerziehung und Wertediskussion“ stehen.</p> <p>Mit ihr sollen insbesondere Multiplikatoren aus den Bereichen Schule, außerschulische Bildung und Kultur angesprochen werden, zumal Bildung ein zentrales Wahlkampfthema sein wird.</p> <p>Künftig wird der AVS die Arbeit verstärkt in Kooperation mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen gestalten und mit gemeinsam konzipierten Veranstaltungen die programmatische Diskussion der SPD begleiten und damit in die Öffentlichkeit steuern. Geplant sind u.a. Veranstaltungen zu folgenden Themenkomplexen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Integration von Migranten - Soziale Themen (z.B. Armut und soziale Verwahrlosung von Kindern) - Umgang mit Minderheiten und Vorurteilsstrukturen in der Gesellschaft - Pflegezustand / Altenarbeit <p>(„Wie gehen wir mit den Schwachen um?“ - „Die Humanität einer Gesellschaft bemisst sich daran, wie sie mit ihren schwächsten Gliedern umgeht“)</p> <p>Für den AVS: <i>Maren Brandenburger, Wolfgang Freter</i></p>
---	--	--

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Arbeitsgemeinschaft 60plus mit fast allen politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinandergesetzt.

Bilanz Seniorenpolitik

Der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung wird weiterhin steigen und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsaufgaben werden von einer insgesamt geringeren und im Durchschnitt älteren Bevölkerung bewältigt werden müssen. Hieraus erwachsen vielfältige Herausforderungen sowohl an die Politik als auch an die Gesellschaft.

In der aktuellen politischen Debatte um die Folgen des demografischen Wandels dominiert noch immer der Belastungsdiskurs. Er stellt einseitig die problematischen Folgen des Alters der Gesellschaft heraus. Ergebnis dieser verkürzenden Sichtweise ist ein defizitäres Bild vom Alter und daraus abgeleitete Politikempfehlungen konzentrieren sich auf die Frage, wie unter diesen Bedingungen die sozialen Sicherungssysteme aufrechterhalten werden können. Diese Sicht lässt außer Acht, dass die ge-

wonnene Lebenszeit einen Gewinn sowohl für jede Einzelne und jeden Einzelnen als auch für die Gesellschaft darstellt. Sie verstellt den Blick darauf, dass die demografische Entwicklung auch Chancen für Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftliche Entwicklung bereithält.

Welche Konsequenzen Politik und gesellschaftliche Akteure allerdings aus der demografischen Entwicklung ziehen und ob sie bestehende Chancen auch tatsächlich nutzen, wird maßgeblich darüber entschieden, ob unser Land den durch Globalisierung, Strukturwandel und internationalen Wettbewerb gestellten Herausforderungen gewachsen ist und die erforderlichen Fähigkeiten zu Innovationen besitzt.

Wir haben die Herausforderung des demografischen Wandels angenommen und gehandelt. Ein veränderter Umgang mit dem Alter wurde eingeleitet. Wir haben in Staat und Gesellschaft die Potenziale der älteren Menschen bewusst gemacht und dafür gesorgt, dass Menschen, die unsere Solidarität brauchen, Schutz und Hilfe erhalten.

Wir unterstützen neue Formen des Wohnens im Alter. Diese Entbürokratisierung soll auch Raum für die Entwicklung und Umsetzung guter neuer Formen des Wohnens im Alter außerhalb von klassischen Heimen geben. Neue Formen, zum Beispiel Wohngemeinschaften älterer Menschen, sollen ihren bisherigen Ausnahmestatus verlieren und als Regelangebot verankert werden. Dabei werden verschiedene Modelle zum heutigen Zeitpunkt schon erprobt, die sowohl den unterschiedlichen Ansprüchen und Bedürfnissen der Menschen, als auch altersgerechten Standards entsprechen.

Am 25. und 26. März haben wir in Springe das Seminar „Kommunalpolitik und gesellschaftliche Partizipation im Alter“ mit *Susanne Dengler* (PV) und *Marco Brunotte* veranstaltet.

Im Bundestagswahlkampf 2005 hat sich die Arbeitsgemeinschaft sehr gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und für eine solidarische Bürgerversicherung eingesetzt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer konnten wir leider nicht verhindern, und was aus der

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

solidarischen Bürgerversicherung wird, steht noch in den Sternen.

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus ist nach wie vor der Meinung, dass Gesundheit eines der höchsten Güter ist. Gesundheit und Gesundheitspolitik sind keine Privatsache, sondern eine gesellschaftliche Verpflichtung. Gerade hier zeigen sich Solidarität und Gemeinwohlorientierung einer Gesellschaft. Die Gesundheitschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft oder dem Einkommen des Einzelnen abhängen. Alle Bürgerinnen und Bürger, junge wie ältere, haben Anspruch auf eine qualitativ gute medizinische Versorgung.

Grundsatzprogramm
Seit längerer Zeit befasst sich die AG 60plus mit dem neu zu beschließenden Grundsatzprogramm der Partei. Unsere Schwerpunkte sind:

- Das neue Programm muss Klarheit und Orientierung schaffen in einer Zeit der Globalisierung und Europäisierung, der Individualisierung und der tief greifenden demografischen Veränderungen
- Der Grundwert „Freiheit“, muss weiterhin den führenden Stellenwert behalten. Freiheit ist Selbstgewissheit in den Unsicherheiten des Lebens und der Welt.
- Fortschritt heißt: es besser machen wollen. Nichts von dem, was erreicht ist, ist auf immer sicher.

Die AG 60plus hat im Herbst 2006 mit den Jungsozialisten im SPD-Bezirk Hannover zu diesen Themen ein Seminar durchgeführt und gemeinsam Vorschläge erarbeitet, die in die Programmdebatte eingebracht wurden.

Wahlkämpfe

Auch an den Wahlkämpfen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, hat sich die AG 60plus beteiligt. Es wird immer wieder festgestellt - egal auf welcher Ebene - dass ohne die AG 60plus ein Wahlkampf undenkbar ist.

„Kommune als soziale Heimat für Jung und Alt“ war das zentrale Thema zum Aktionstag der AG 60plus im April 2006. Mit diesem Thema wollen wir im Kommunalwahlkampf 2006 Stimmen für die SPD holen und andererseits die Zeit des Wahlkampfes nutzen, um Aufmerksamkeit für unser Thema zu wecken.

Ich danke allen Genossinnen und Genossen für die Arbeit der letzten zwei Jahre, die sie auf Stadt- und Gemeindeebene, in den Unterbezirken oder auch auf Bezirksebene geleistet haben.

für die AG 60 plus: Frieda Riegel

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (JUSOS)

Komm Mit - Kampagne zur Kommunalwahl

Unter dem Slogan „Komm Mit - Kommunalwahl mitmachen“ haben wir eine Kampagne durchgeführt, deren Hauptzweck die möglichst konkrete und praktische Unterstützung des Wahlkampfes vor Ort war. Die Kampagne bestand aus folgenden Bausteinen:

Kommunalpolitische Konferenz

Am 3. Juni 2006 hat der Juso-Bezirksvorstand eine kommunalpolitische Konferenz veranstaltet. Ziel war es, die kommunalpolitisch Aktiven an einem politischen Prozess der Konzeptentwicklung tragfähiger und progressiver Kommunalpolitikgrundsätze von links mitwirken zu lassen. Als Referenten sprachen: Wolfgang Jüttner, Vorsitzender der SPD-Bezirks Hannover und der Landtagsfraktion, Hauke Jagau, damals Kandidat zum Amt des Präsidenten der Region Hannover und Stephan Weil, damals Kandidat zum OB Hannover.

Die bestimmenden Themen der Konferenz waren kommunale Bildungspolitik, die öffentliche Daseinsvorsorge und das Thema Migration- und Integrationspolitik. Das Ergebnis war das Kommunalpolitische

Manifest des Juso-Bezirk Hannover, das von der Konferenz angenommen und zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an die ordentliche Bezirkskonferenz weitergeleitet wurde.

Materialien zur gezielten Ansprache von ErstwählerInnen

Mit Co-Finanzierung durch den Landesverband und Organisation durch den Juso-Bezirksvorstand Hannover wurden zahlreiche professionelle Wahlkampfmaterialien für die gezielte Ansprache von jungen Wählerinnen und Wähler für die Kommunalwahl erstellt. Die Materialien konnten über das printBox System von den Gliederungen individuell personalisiert und bestellt werden. Zu den Materialien zählten insbesondere Postkarten zur Verschickung an ErstwählerInnen, die auch auf das von der SPD eingeführte Wahlalter 16 aufmerksam gemacht haben. Zusätzlich wurden zu den Schwerpunktthemen der Kommunal-

konferenz Themenpostkarten erstellt. Abgerundet wurde das Angebot durch Plakate.

Webseite www.waehlen-ab-16.de

Unter dem Motto „Wer? Wie? Was? Warum?“ wurde auf der Webseite „waehlen-ab-16.de“ jungen Wählerinnen und Wählern die Kommunalwahl etwas näher gebracht. „Wer ist eigentlich wahlberechtigt? Wie funktionieren Wahlen? Was kann bei der Kommunalwahl gewählt werden? Und warum sollte man eigentlich zur Wahl gehen?“ waren die Fragen, die auf dieser Webseite gestellt und optisch ansprechend beantwortet wurden. In einem Weblog (kurz Blog) wurde Kandidatinnen und Kandidaten der SPD die Möglichkeit gegeben, sich kurz darzustellen und mit Interessierten in Dialog zu treten.

Politische Bildung

Erfreulich ist, dass die Angebote der politischen Bildungsarbeit in diesem Jahr sehr gut angenommen wurden, alle Seminare und Veranstaltungen waren sehr gut besucht, das Neumitgliederseminar mit ca. 50 Anmeldungen sogar außergewöhnlich gut.

Neumitgliederseminar

Das Neumitgliederseminar fand vom 27. - 28. Mai in Springe statt. Zum Einstieg wurden den TeilnehmerInnen von Stefan Schostok ein Einblick in Geschichte und Aufbau der SPD gegeben. Danach wurde im

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (JUSOS)

Rahmen eines Planspiels, in dem die in Gruppen aufgeteilten Teilnehmer verschiedene Institutionen und Interessengruppen einer fiktiven Kleinstadt spielten (Presse, Eltern-Schüler Beirat, SPD, CDU, GRÜNE, FDP), das von der SPD geplante Bildungssystem erläutert. Dabei ging es darum die

unser Grundverständnis von der SPD und ihren Grundwerten, internationaler Solidarität, einem sozialen Staat in Zeiten von Globalisierung und der Frage was menschenwürdige Arbeit für uns ausmacht und wie sie zu organisieren ist.

einem Workshop über Grundlagen der politischen Kommunikation und Rhetorik gesprochen.

Programmdebatte

Seminar mit der AG 60plus

Pläne der Regierung speziell auf die Verhältnisse der Stadt anzupassen. Ein weiterer Themenkomplex war Wirtschaft. In Arbeitsgruppen wurden die Themenbereiche Globalisierung, Öffentliche Güter, Externe Effekte, behandelt. Es ging ebenfalls um das Grundsatzprogramm der SPD. Hierbei wurde vor allem die Frage des „Demokratischen Sozialismus“ im Grundsatzprogramm ausdiskutiert. Am Ende erarbeiteten die TeilnehmerInnen wie sie sich politische Arbeit vor Ort vorstellen und wie man diese Ideen am besten umsetzen kann.

FemSem - Feministisches Seminar

Am 25./26. November 2006 fand das Feministische Seminar (FemSem) der Jusos im Bezirk Hannover in der HVHS Springe statt. Unter dem Motto „Frauenpolitik und Feminismus“ setzten sich die engagierten TeilnehmerInnen zunächst mit der Geschichte und den politischen Konzepten der feministischen Bewegung auseinander. Anschließend wurde mit Heike Leitner vom Deutschen Frauenrat über die Herausforderungen moderner Frauen- und Familienpolitik und über die frauenpolitischen Anforderungen an das neue SPD-Grundsatzprogramm diskutiert. Anschließend nahmen sich die TeilnehmerInnen die Leitsätze für das neue Grundsatzprogramm vor. Unter dem Aspekt „Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt“ bzw. „Frauen- und Familienpolitik“ wurden sowohl Kritik an den Leitsätzen als auch Forderungen für die weitere Programmdebatte formuliert. Am Sonntag wurde in

Ganz im Zeichen der Grundsatzprogrammdebatte stand auch das Seminar „Junge Ideen, alte Erfahrungen - Anforderungen an das neue SPD-Grundsatzprogramm“ der Jusos und der AG 60 plus am 4./5. November 2006 in der HVHS Springe. Um über aktuelle Forderungen zum Grundsatzprogramm diskutieren zu können, erarbeiteten sich die TeilnehmerInnen zunächst einen Überblick über die Programmgeschichte der SPD vom Erfurter Programm von 1891 bis zum Berliner Programm von 1989. Hier konnten viele Zeitzeugen mit spannenden, sehr persönlichen Erfahrungsberichten aufwarten. Fazit: Es gibt keinen Interessenkonflikt zwischen den Generationen-, sondern einen Verteilungskonflikt zwischen Arm und Reich.

Programmkongress

Beim Programmkongress des SPD-Bezirks haben sich der Juso-Bezirksvorstand und

Herbstakademie

Am 30. September bis 1. Oktober fand die schon traditionelle Herbstakademie in Springe statt. Die Themen, die dort behandelt wurden, standen alle im Zeichen der Debatte über das neue Grundsatzprogramm der SPD. Insbesondere ging es um

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (JUSOS)

viele weitere Jusos sehr aktiv eingebracht. Zahlreiche Moderatoren oder Statementgeber in den Foren waren aktive Jusos.

Eigene Positionen

An die bereits vor einigen Jahren im Juso-Bezirk begonnenen Diskussionen zur Programmdebatte der SPD wurde angeknüpft. Es wurden einige Diskussionspapiere erstellt, die sich mit den Grundwerten des demokratischen Sozialismus, einer modernen Kapitalismuskritik und Ideen für ein demokratisches Wirtschaftssystem auseinandergesetzt haben. Für die Bezirkskonferenz wurde ein Papier erstellt, welches sich mit dem Bremer Entwurf für das Hamburger Programm auseinandersetzt. Die Beteiligung an all diesen Debatten hat zum Ziel, unsere Vorstellung in diesem Programm zu verankert und es zu dem Programm unserer Generation zu machen.

Bildungspolitik in Niedersachsen

Bildungsparteitag

Seit der verlorenen Landtagswahl 2003 arbeiten Jusos mit, die bildungspolitischen Fehler der SPD zu korrigieren. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden im letzten Jahr beim Landesparteitag in Wolfsburg beschlossen. Wir haben uns mit einigen Anträgen an der Debatte beteiligt, welche von vielen SPD-Gliederungen und der Schulpolitischen Kommission im Bezirk größtenteils übernommen wurden. Viele unserer Forderungen haben im Vorfeld Eingang in das Bildungskonzept gefunden, beim Parteitag selbst war jedoch nicht mehr viel Raum für große Debatten. Dennoch sind wir mit dem Ergebnis mehr als zufrieden, die SPD in Niedersachsen hat durch das Engagement

von vielen Genossinnen und Genossen, darunter einiger Jusos, ein wirklich zukunftsweisendes Bildungskonzept beschlossen. Insbesondere der sehr konkrete Beschluss die Studiengebühren von Schwarz/Gelb nach dem Wahlsieg wieder zurückzunehmen hat seinen Ursprung in einem Antrag dieses Juso-Bezirks vom letzten Bezirksparteitag, Aufweichungen durch den Landesparteitag wurden erfolgreich verhindert, so dass unser Antrag nun Programm ist.

Der Juso-Bezirksvorstand 2006/2007:

Sebastian Vollmer (Sprecher), Kathrin Ellieroth, Julia Haas, Fabian Horn, Torben Klant und Cordula Schulze

Bildungskommission

In den letzten zwei Jahren förderte die Bildungskommission schwerpunktmäßig die weitere Entwicklung der kommunalen Akademie Niedersachsen. Durch Kooperation von Bildungsträgern sind in den vorangegangenen Jahren eine Reihe von Seminaren unter diesem „Label“ angeboten worden, die großen Zuspruch fanden. Durch ein weiteres stetiges Angebot und die Sicherung der Qualität wurde dem Ganzen ein dauerhaftes Fundament gegeben. Ein grundlegendes Ziel der kommunalen Akademie Niedersachsen ist es, in ganz Niedersachsen zu wirken. Dazu wurden neue Formen der Kooperation in Niedersachsen gefunden. Die intensiven Vorarbeiten im Bezirk Hannover und unsere langjährige Praxis machten dieses Projekt erst möglich.

Diese Kooperation soll auch in der Zukunft praxisnah weiter entwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit Nord-Niedersachsen wurde durch die Verabredung gleichberechtigter Teilnahmemöglichkeiten inzwischen ein geläufiger Standard.

Zwar war es möglich ein inhaltlich qualifiziertes Angebot zu präsentieren - die aktive Akquisition und systematische Verbreitung sowie weitere Schritte in Richtung einer niedersachsenweiten Verbreitung des Angebotes bleiben jedoch ohne personelle Verstärkung schwierig.

Bestandteil dieser Kooperation waren inzwischen mehrere Jahrestagungen, und weitere Angebote, die in der Bildungskommission wiederholt diskutiert wurden. Die fortgesetzte Unterstützung durch den Bezirksvorstand, die die Bildungsarbeit insgesamt absicherte und besonders auch diese Kooperation förderte, machte die Bildungsarbeit weiter zu einem stetigen Bestandteil der politischen Arbeit im Bezirk. Die Weiterentwicklung des Projektes kommunale Akademie Niedersachsen bleibt auch in der nächsten Zeit eine andauernde Aufgabe und ein Schwerpunkt der Arbeit der Bildungskommission.

Neben diesen organisationspolitischen und strukturellen Fragen setzte sich die Bildungskommission auch weiter mit den inhaltlichen Angeboten auseinander.

Auf der Basis der bisher erfolgreichen Angebote für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, ehren- und hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kandidatinnen und Kandidaten wurde ein umfangreiches Weiterbildungs- und Seminarangebot zur Vorbereitung der Kommunalwahl entwickelt und durchgeführt:

Qualifizierung für hauptamtliche Bürgermeisterinnen, Bürgermeister sowie Landräte-Kandidatinnen- und Kandidaten.

In zwei Staffeln wurden die interessierten Kandidatinnen und Kandidaten in sieben verlängerten Wochenendseminaren und Workshops auf ihre wichtige Aufgabe vorbereitet.

Qualifizierung von zukünftigen Kandidatinnen und Kandidaten

Mehrere Seminarreihen mit vier bis sechs verlängerten Wochenendseminaren, eine Reihe von 3-Tage-Seminaren und weitere Einzelangebote schufen ein umfassendes und tiefgehendes Qualifizierungsangebot, das mit seinen unterschiedlichen Formaten auch die unterschiedlichen Nachfrageinteressen abdeckte.

Nach der Kommunalwahl wurden vergleichbare Angebote für diejenigen aufge-

Bildungskommission

legt, die sich vor der Wahl nicht entscheiden konnten oder wollten, diese Qualifizierungsmaßnahmen wahrzunehmen.

Auf der Basis der seit 18 Jahren erfolgreichen Seminarreihe Führung und Verantwortung als Angebot für Vorsitzende und Vorstandsmitglieder von Ortsvereinen wurde in Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand ein neues Projekt „Fit für das Ehrenamt“ entwickelt und zunächst als bundesweites Pilotprojekt durchgeführt. Inzwischen haben für und im Bezirk drei Seminarreihen stattgefunden. Das Angebot wendet sich vorwiegend an neu gewählte Vorsitzende und bleibt zukünftig ein Schwerpunkt und besonders wichtiges Element von Organisationsentwicklung. „Führung und Verantwortung“ wird zukünftig als Aufbauseminarreihe fortgeführt.

Die Seminare für Neue Mitglieder bleiben weiterhin wichtig. Die Nachfrage übersteigt häufig die zur Verfügung stehenden Plätze. Die Neueingetretenen sind an diesem Angebot sehr interessiert. Für viele erleichtert die Teilnahme an einem solchen Seminar den Einstieg in die Parteilarbeit. Viele von ihnen nehmen danach an weiteren

Seminaren teil und begegnen uns bald als aktive Funktionäre ihrer Gliederung.

Workshops vor Ort, Beratung und Hilfe bei der Durchführung von Seminaren von Ortsvereinen waren weitere dezentralisiert durchgeführte Tätigkeiten von Bildungssekretär und -kommission. Vielfach wurde auch Hilfestellung bei der Abwicklung von deren Seminaren geleistet. Hierzu gehört neben der Beratung für inhaltliche Konzepte auch die Hilfestellung bei der Organisation und Abwicklung oder die Vermittlung geeigneter Referenten und Teamer. Konkrete Zusammenarbeit mit Unterbezirken waren z.B. die Seminare für Teilnehmende der Projekte „10 unter 20“ in verschiedenen Unterbezirken.

Die Diskussion des Grundsatzprogramms wurde durch eine Reihe von Seminaren begleitet, die auf große Resonanz stießen. Die Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaften in diesen Diskussionsprozess war dabei eine positive Erfahrung.

Das Programm Politische Bildung umfasst weiter eine breite Palette von politischen Themenbereichen; es wurden im Berichts-

zeitraum wieder über achtzig 3-Tage-Seminare sowie Seminare an Wochenenden vom Referat Politische Bildung betreut. An diesen Seminaren haben über 1.200 Genossinnen und Genossen teilgenommen.

Neben dem Bildungsprogramm wirkt auch ein neu gestalteter - und jetzt aktueller - Internetauftritt für das Bildungsangebot. Es können so neue Zielgruppen erreicht werden, die andere Kommunikationswege nutzen.

Viele Funktionäre und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehen die Bildungsarbeit als einen wesentlichen Teil der politischen Arbeit des Bezirks an und haben sie in ihren politischen Arbeitsalltag integriert. Die vielen positiven Rückmeldungen zur Qualität der Veranstaltungen sind für uns Ermunterung und Ansporn, kritische Anmerkungen und Anregungen werden in den Planungsprozess integriert und führen regelmäßig zu neuen oder veränderten Angeboten. Insgesamt ist dieses Angebot, das Teil der politischen Kultur des Bezirkes ist, nur durch die politische Unterstützung des Bezirksvorstandes zu verwirklichen.

Bildungskommission

Der Dank gilt allen, die als Ehrenamtliche die Arbeit unterstützt und bei der Planung und Durchführung der Bildungsveranstaltungen mitgewirkt haben.

Mitglieder der Bildungskommission

2005-2007:

Gabriele Lösekrug-Möller, Hameln (Vorsitzende); *Mechtild Brandt*, Springe; *Egmont Eckardt*, Hannover; *Stephan Klecha*, Göttingen; *Frieda Riegel*, Northeim; *Franziska Schwarz*, Bad Gandersheim; *Elke Tonne-Jork*, Leese; *Ulf Trombach*, Giesen; *Norbert Vogß*, Hannover; *Hansjörg Schell*, Hannover (Bildungssekretär).

Gabriele Lösekrug-Möller

Schulpolitische Kommission

Die Schulpolitische Kommission setzt sich zusammen aus je zwei Vertreterinnen und Vertretern der Unterbezirke im Bezirk und einer Reihe von weiteren interessierten Genossinnen und Genossen und Gästen. Sie trifft sich alle acht bis zehn Wochen und ist somit über zehnmal zusammen gekommen. An den Sitzungen haben im Durchschnitt 15 - 20 Personen teilgenommen. Die Schulpolitische Kommission ist darüber hinaus über eine sogenannte AFB-Koordinierungsgruppe mit den AFB in den anderen Bezirken Niedersachsens verbunden. Diese Gruppe trifft sich zum Informationsaustausch vierteljährlich in Verden. Über diese Koordinierung ist es uns gelungen *Wolfgang Abicht* in den Bundesausschuss der AFB zu entsenden. Dem Bundesausschuss der AFB gehört *Walter Meinhold* an. Nachfolgend die Schwerpunkte der Beratungen:

Das Konzept „Zukunft der Bildung“ der Landespartei nahm den größten Teil der Diskussionen ein. Der Beschluss des Be-

zirksparteitages vom Juni 2005: „Chancengleichheit: Herausforderung an Bildung und Schule findet sich vollständig in der Langfassung des Konzeptes. Besonders wichtig ist uns, dass der Begriff der Chancengleichheit für alle Bildungsphasen konkret entwickelt wurde. Die SPD grenzt sich damit deutlich von dem Begriff der Chancengerechtigkeit ab, der von den Konservativen besetzt wird. Übrigens auch in der Vereinbarung der Großen Koalition wird der Begriff der Chancengleichheit verwendet. Ein zweiter Schwerpunkt war die Befassung mit der Ausbildungssituation. *Jacques Voigtländer* aus dem Arbeitskreis Kultus hat uns sehr überzeugend das Konzept „Für ein Recht auf Ausbildung für Jugendliche“ dargestellt. Kernpunkt ist die Aussage, wenn das duale Ausbildungssystem nicht allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz gibt, muss der Staat über die Berufsschulen eine Ausbildung anbieten, die mit einem zertifizierten Kammerabschluss endet.

Des Weiteren haben wir uns mit dem Entwurf zum Grundsatzprogramm, Abschnitt „Bildung in der lernenden Gesellschaft“ befasst. Hierzu haben wir dem Bezirksvorstand Vorschläge unterbreitet, die in den Antrag des Bezirksparteitages zum Grundsatzprogramm einfließen sollen.

- Sie umfassen folgende Ergänzungen:
- Vollständige Integration von Kindern mit Behinderungen
 - Schaffung der Gemeinsamen Schule und Überwindung des gegliederten Schulwesens
 - Ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen
 - Gleichstellung von Abitur und erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung.

Die Mitarbeit in einer bezirksweit agierenden Kommission ist eine besondere Herausforderung aufgrund der Entfernungen und damit verbundenen Zeitaufwandes.

Dafür gilt es allen zu danken.

Walter Meinhold

Gesprächskreis „SPD und Kirche“

Der Gesprächskreis „SPD und Kirche“ wendet sich gleichermaßen an Menschen, die in den Kirchen tätig, sozial engagiert und der SPD freundschaftlich verbunden sind, wie an Mitglieder der SPD, die ihr politisches Engagement von ihrem christlichen Glauben her begründen. Der Gesprächskreis „SPD und Kirche“ ermöglicht Begegnungen, bietet Informationen sowie Beratungen an und verfolgt Diskussionen, die für die Partei und für die Religionsgemeinschaften von Bedeutung sind.

Als Sprecher des Gesprächskreises fungieren *Gabriele Lösekrug-Möller* MdB, *Hildegard Minthe* und *Benno Haunhorst*. Die Geschäftsführung liegt bei *Petra Herrmann*. In einem zweimonatigen Abstand trifft sich der gut zwanzigköpfige Vorbereitungskreis

im Landtag. Regelmäßig wird zu größeren öffentlichen Veranstaltungen eingeladen. Im Berichtszeitraum waren dies:

29. Januar 2005

Gesine Schwan: Freiheit und Gerechtigkeit. Grundwerte sozialdemokratischer Politik

28. Januar 2006

Wolfgang Jüttner/Prof. Dr. Gerhard Kruij: Wie schaffen wir eine solidarische Gesellschaft? Die Sozialdemokratie zwischen Koalitionsvertrag und Grundsatzprogramm

27. Januar 2007

Hubertus Heil: Der vorsorgende Sozialstaat. Ein Leitgedanke für die programmatische Erneuerung der SPD.

Die Programmdiskussion der SPD und ihre Vermittlung in den kirchlichen Raum bilden in den letzten Jahren den Schwerpunkt der Arbeit des Gesprächskreises. In diesem Sinne waren einzelne Mitglieder auf Foren und in Seminaren der Partei tätig.

Die Präsenz der SPD auf dem Evangelischen Kirchentag vom 2. - 29. Mai 2005 in Hannover wurde in Zusammenarbeit mit dem Kirchenreferat beim Parteivorstand vom Gesprächskreis vorbereitet und durchgeführt. In dem bundesweiten Arbeitskreis „Christinnen und Christen in der SPD“ sind mehrere Mitglieder des hannoverschen Gesprächskreises aktiv. Auf regionaler Ebene gibt es eine Zusammenarbeit mit der Katholischen Erwachsenenbildung im Großraum Hannover.

Petra Herrmann

Netzwerk „Selbst Aktiv“ - behinderte Menschen in der SPD

Aus der Zielgruppe kommen - für die Zielgruppe Politik gestalten

„Selbst Aktiv“ mischt sich innerhalb der SPD, den Behinderten- und Sozialverbänden sowie Selbsthilfegruppen für eine Sozial- und Gesellschaftspolitik von morgen aktiv ein.

In den vergangenen Jahren hat sich das

Netzwerk „Selbst Aktiv“ regelmäßig monatlich getroffen. Das Spektrum der jeweils 15 bis 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer umfasst aktive behinderte Menschen sowohl aus der „Selbst-bestimmt-leben-Bewegung“ wie aus unterschiedlichen Behinderten- und Selbsthilfeverbänden, bis zu den großen Sozialverbänden, dem SoVD (ehemals Reichsbund) und dem VdK.

Unser Einzugsbereich aktiver Menschen reicht von Ostwestfalen, Leipzig, sowie das Bremer und Göttinger Umfeld.

Schwerpunkt der Arbeit war ohne Frage die aktive Unterstützungs- und Brückenfunktion zur SPD, die „Selbst Aktiv“ bei der Kampagne für die Wiedereinführung des Landesblindengeldes in Niedersachsen hatte. Dank

vieler aktiver Mitglieder von „Selbst Aktiv“ gab und gibt es bis heute eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Selbst Aktiv und der Spitze der Partei, sowie dem breiten Bündnis für die Wiedereinführung des Blindengeldes unter Führung des Blinden- und Sehbehindertenverbandes und aller wesentlichen Sozial- und Behindertenverbänden in Niedersachsen.

Der Erfolg hat bewiesen, dass Politik auch außerhalb von Parlamenten und Parteien erfolgreich gestaltet werden kann. Hier sehen wir eine wichtige Funktion von „Selbst Aktiv“.

Das von Selbst Aktiv erarbeitete Eckpunktepapier zur Kommunalwahl in Niedersachsen, das alle zentralen Anliegen und Forderungen behinderter Menschen kurz beschreibt, wurde im Vorfeld der Wahl in vielen Veranstaltungen Grundlage der Diskussion.

Als historischen Erfolg innerhalb der SPD sehen wird die Umsetzung unseres Teilhabeantrages in ein vom Bezirksvorstand beschlossenes konkretes Teilhabepapier für behinderte Menschen an. Hierdurch wird

deutlich, dass die SPD die Partei einer solidarischen Teilhabe und nicht einer mildtätigen, fürsorglichen Abhängigkeitspolitik ist.

Weitere Schwerpunkte waren die Begleitung der inklusiven Bildung im Rahmen der von der SPD angestrebten gemeinsamen Schule, der konsequenten Umsetzung barrierefreier Gestaltung des ÖPNV sowie von Straßen, Plätzen und Bauten.

Wir arbeiten auf Bundesebene bei der Bundesinitiative „Daheim statt im Heim“ mit, die von der SPD-Bundestagsabgeordneten *Silvia Schmidt* initiiert und zu deren Strategieteam *Karl Finke* gehört. Unsere Einbindung in die Partei wurde auf dem letzten Unterbezirksparteitag der Region Hannover dadurch erfolgreich bewiesen, dass sowohl *Gerwin Matysiak* wie auch *Claus Arne Mohr* und jetzt auch *Klaus Diekneite* im Vorstand des Stadtverbands Hannover vertreten sind. *Karl Finke* ist erneut für den Bezirksvorstand vorgeschlagen.

Unsere intensiven Kontakte zu Verbänden werden u. a. durch gute Kooperation mit dem Gehörlosenverband, und wie bereits erwähnt, dem Blinden- und Sehbehinder-

Netzwerk „Selbst Aktiv“ - behinderte Menschen in der SPD

tenverband, deren stellvertretender Vorsitzender früher <i>Karl Finke</i> selbst war, und dem Sozialverband Deutschland unterstrichen. Eine freundschaftliche Zusammenarbeit hat sich mit der AWO entwickelt.	uns erstmalig gelungen, dass jemand von „Selbst Aktiv“ ein politisches Mandat übernimmt. Welche Aufgaben stehen uns bevor: Hier ist ohne Frage die aktive Teilhabe von „Selbst Aktiv“ in dem neu gegründeten Bündnis für ein ehrliches Landesgleichstellungsgesetz in Niedersachsen hervorzuheben. Von den 16 Bündnispartnern sind wir die einzige politische Gruppierung, die hier aktiv mitmischst und mit auf dem Deckblatt prangt.	Bundesinitiative „Daheim statt im Heim“ und unser Eintreten für einen von Sozialhilfekriterien unabhängigen Nachteilsausgleich für alle behinderte Menschen gilt.
Personell, nicht nur in der Partei, sondern auch in den Verbänden präsent zu sein, wird durch die Funktionen von <i>Gerwin Matysiak</i> und <i>Karl Finke</i> im Bundesvorstand des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter sowie der Funktion als Präsident des Behindertensportverbandes Niedersachsen von <i>Karl Finke</i> u. a. belegt.	Weitere Schwerpunkte sind das persönliche Budget und damit verbunden die Stärkung der eigenständigen Wohn- und Lebensformen, wie es durch die Unterstützung der	Das Motto von „Selbst Aktiv“ lautet: Nicht immer eifrig auf die vermeidlichen Zentren der SPD schauen, sondern mit deren Unterstützung am Rand zwischen Partei und Behinderten- und Sozialverbänden solidarisch und glaubwürdig mit allen behinderten Menschen Politik gestalten. Hierbei hoffen wir auch weiterhin auf Deine/Eure Unterstützung.
Mit der erfolgreichen Kandidatur von <i>Thorsen Garbe</i> für den Rat der Stadt Hannover ist		<i>Karl Finke</i>

Arbeitskreis Tierschutz

Der Arbeitskreis trifft sich monatlich und ist generell für alle tierschutzinteressierten Menschen offen. Wir versuchen eine Plattform für Tierfreunde zu bilden. Wir werden am 9. Juni 2007 am Kröpcke in Hannover den sog. „Tag der Tierschützer“ organisieren. Alle Vereine haben dort die Möglichkeit den Bürgerinnen und Bürgern ihre aktive Tierarbeit darzustellen.

Darüberhinaus sind wir mit einigen Tierschutzorganisationen und Institutionen, wie z.B. der Tierärztlichen Hochschule und dem Zoo Hannover in Kontakt, die durchaus kritisch betrachtet werden müssen, wenn man sich für das Lebewesen Tier einsetzt. Letztes Jahr haben wir z.B. den Schlachthof

Hannover besichtigt, um uns über den Betrieb näher zu informieren und dem Betreiber zu signalisieren, dass es tierschutzinteressierte Menschen gibt, die den Schlachthof „im Auge“ haben.

Wichtig für uns ist eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, um unser Anliegen, Menschen über Tierschutz zu informieren und unser Ziel das Tierleid einzudämmen, darstellen zu können. Um auf uns aufmerksam zu machen, ist es uns gelungen unseren AK am Pfingstmontag bei „Radio Flora“ vorzustellen.

Abschaffen können wir das Tierleid in dieser profitorientierten Gesellschaft nicht, aber wir werden immer wieder auf die

Umstände aufmerksam machen, um bei den Menschen ein Bewusstsein für den Tierschutz zu wecken.

Der Tierschutz ist zwar seit August 2002 als ein Staatsziel im Grundgesetz verankert, so dass jetzt immer die Tiernutzung gegen die Tierschutzanfordernisse abgewogen werden müssen. Allerdings reicht dies nicht aus, sondern der Tierschutz muss bei der Auslegung und Anwendung näher konkretisiert werden. Dabei ist die Einhaltung der vorhandenen und die Durchsetzung neuer Vorschriften von entscheidender Bedeutung. Vor allem bei dem Thema Tiertransporte muss auf der Ebene der EU viel konkreter vorgegangen werden.

Jürgen Held

Erika Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments

Zu Anfang erst einmal ein großes Danke-
schön an euch **alle im Bezirk Hannover** für
die gute Zusammenarbeit in den vergange-
nen beiden Jahren.

Der vorliegende Rechenschaftsbericht gibt
euch einen Einblick in meine Arbeit und
verweist gleichzeitig auf wichtige Bereiche,
die für eure Arbeit in naher Zukunft von
Bedeutung sein werden. Am Ende des Be-
richts findet ihr Hinweise auf verschiedene
Informationsangebote.

Seit der Europawahl am 13. Juni 2004 sind
wir in Niedersachsen nur noch mit zwei
Abgeordneten im Europäischen Parlament
vertreten. Ich vertrete die SPD-Bezirke
Hannover und Braunschweig mit insgesamt
22 Unterbezirken. *Matthias Groot* ist für
die Region Weser-Ems zuständig. Alle nord-
deutschen SPD-Europaabgeordneten *Matthias Groot* (Niedersachsen), *Karin Jöns*
(Bremen), *Willi Piecyk* (Schleswig-Holstein),
Vural Öger (Hamburg), *Heinz Kindermann*
(Mecklenburg-Vorpommern) und ich haben
sich darauf verständigt, verstärkt zusam-
men zu arbeiten. Diese Zusammenarbeit
trägt erste positive Früchte im Bereich
„Küsten und Meerespolitik“.

**Ich bin auf eine gute Zusammenarbeit mit
den Unterbezirken in den Bezirken Hanno-
ver und Braunschweig und auf eure Unter-
stützung angewiesen, damit ich meine
Aufgabe, Ansprechpartnerin für unsere
Region zu sein, wahrnehmen kann.**

**Europäische Politik prägt unser Leben mehr,
als wir oft glauben oder wahrnehmen.**

Europäische Politik wird in Brüssel, in den
Mitgliedstaaten und den Bundesländern
gestaltet und umgesetzt. Nationale Ent-
scheidungs- und Regulierungsräume wer-
den häufig durch Europäische überlagert
und beeinflusst. Damit wir die vorhandenen
Spielräume zum Wohle von Niedersachsen
und damit auch zum Wohle der SPD in
diesem Lande nutzen können, müssen wir
unsere politischen Kräfte bündeln.

Allerdings gibt es auch viele Aspekte euro-
päischer Politik, die immer wieder zu star-
ken Verunsicherungen in Niedersachsen
führen, weil sie teilweise als Einmischung
in die Autonomie regionaler Entscheidungs-
gen gesehen werden. Ein Beispiel ist die
Klage der EU-Kommission zur Struktur des
VW-Gesetzes. Weitere Beispiele für Konflik-
te zwischen europäischer und regionaler

Politik sind der Sparkassenstreit; die immer
wieder gestellte Frage, ob bei Ansiedlungen
von Unternehmen aus Niedersachsen in
den neuen europäischen Mitgliedsstaaten
finanzielle Zuwendungen geflossen sind.
Viele weitere Beispiele wären zu nennen -
ich versuche in meiner täglichen Politik
immer eine **vernünftige Balance** zu finden,
die die berechtigten Interessen Niedersach-
sen im Auge hat, gleichzeitig aber nicht
vergisst, dass eine Europäisierung regiona-
ler und nationaler Politik in vielen Bereichen
notwendig und sinnvoll ist.

Viele **Initiativen**, die für Niedersachsen
wichtig sind, sind von mir angestoßen oder
unterstützt worden. Zu nennen sind Aktivi-
täten im Bereich der BioEnergie und Bio-
kraftstoffe. Ich habe die Einrichtung eines
Europäischen Forschungsrates wesentlich
unterstützt, der der bestehenden For-
schungslandschaft in Niedersachsen im
Bereich der Grundlagenforschung wichtige
Impulse verleihen kann. Die Küsten- und
Meerespolitik habe ich genauso aktiv unter-
stützt wie viele andere Initiativen in Nieder-
sachsen. Kommunen, Städte, Einrichtungen,
NGOs, Firmen, Gewerkschaften und Univer-

Erika Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments

sitäten unterstütze ich aktiv und einzelnen Bürgern habe ich individuell geholfen.

Dauerhafter Erfolg in der Europapolitik kann

nur erreicht werden, wenn die **lokalen Besonderheiten vor Ort** berücksichtigt werden. Die bereits praktizierte rege Zusammenarbeit und der damit verbundene

stetige Informationsaustausch mit vielen Interessensgruppen tragen inzwischen

erheblich dazu bei, europäische Politik effektiver mit regionaler und nationaler

Politik zu vernetzen. Besonders hilfreich ist die Zusammenarbeit mit den Kollegen in

den Kommunen, im Niedersächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag.

Folgende europäische **Themen werden 2007** besonders die niedersächsische Politik bestimmen: Energiepolitik (einschließlich BioEnergie/Biokraftstoffe) - Umsetzung der

Strukturpolitik (relevant für Niedersachsen insgesamt) - Forschungs- und Bildungspolitik (relevant für alle universitären Einrich-

tungen und Unternehmen) - Stärkung des Mittelstandes (wichtig in allen Bereichen von Forschung bis Außenwirtschaft) und

Chancengleichheit.

Der **Bezirk Hannover** wird im Rahmen der neuen Strukturfondszuwendungen (2007-2013) finanzielle Mittel erhalten. Es wird

darauf ankommen, diese Gelder sinnvoll zu verwenden und sie in zukunftssträchtige Projekte zu investieren. Eine sinnvolle land-

kreisübergreifende Kooperation wird wesentlich zum Erfolg beitragen. Mehr Informationen dazu sind in einem Sonder-Info

„Regionale Entwicklung in Niedersachsen durch den Einsatz von Strukturfondsmittel“ in meinem Büro in Hannover erhältlich.

Deutsche Ratspräsidentschaft

Durch die Ratspräsidentschaft bestimmt Deutschland in der ersten Jahreshälfte

2007 entscheidend die europäische Politik. In diese Periode fallen viele Entscheidungen und Diskussionen, die erhebliche Auswirkungen haben werden, erwähnen möchte ich nur vier:

Erstens, im Zentrum aller Debatten und Entscheidungen wird die Frage stehen, wie das soziale Europa in der Zukunft in allen politischen Bereichen gesichert, ausgebaut und modernisiert werden kann.

Zweitens wird von Deutschland mit Recht weiter ausgebaut werden? Reichen die gesetzten Ziele aus?

Informationen zur deutschen Ratspräsidentschaft und zum 18-Monatsprogramm von Deutschland, Portugal und Slowenien findet ihr unter folgender Internetseite www.eu2007.de.

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) sowie Sprecherin und Koordinatorin der SPE-Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

In der vergangenen Legislaturperiode (1999-2004) hatte ich mich sehr dafür eingesetzt, dass wir im Europäischen Parlament (EP) wieder einen eigenständigen Ausschuss für Außenwirtschaft bekommen - mit Erfolg! Mit Beginn der neuen Legislaturperiode 2004 ist dieser Ausschuss eingerichtet worden. Seitdem bin ich Sprecherin und Koordinatorin für die SPE-Fraktion. Die Bedeutung der europäischen Handelspolitik ist stetig gewachsen. Das EP hat in

Erika Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments

diesem Bereich zunehmend eine wichtige, allerdings nicht ausreichende Machtposition eingenommen. In bestimmten Bereichen gibt es ein politisches Vakuum. Deshalb arbeite ich zurzeit daran, dass bilaterale Freihandelsabkommen nur unter Zustimmung des EP angenommen werden können. Im Zentrum der Politik steht weiterhin die Hoffnung, dass die laufende WTO-Runde abgeschlossen werden kann, dass die Entwicklungsländer eine echte Chance im Welthandel erhalten und, dass Umwelt- und Arbeitsstandards in multilateralen und bilateralen Abkommen integriert werden.

Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Im Zentrum meiner Arbeit standen die Beratungen zum Forschungsrahmenprogramm, zur Chemikaliengesetzgebung (REACH), zur Telekommunikations- und Internetregulierung und zur Patentpolitik. Diese Arbeiten werde ich auch in der Zukunft fortsetzen. In unterschiedlichen Ausmaßen habe ich in diesen Bereichen Einfluss genommen. Beim Forschungsrahmenprogramm habe ich für die Einführung eines unabhängigen Forschungsrates gekämpft. Bei REACH war mein Ziel, dass es eine aus-

gewogene Gesetzgebung gibt, die sowohl Arbeitsschutz, Umweltbelange, Konsumentenschutz und wirtschaftliche Interessen berücksichtigt. - Bei der Telekommunikation habe ich mich u.a. für die Einführung einer europäischen Sicherheitsagentur ENISA eingesetzt. - Im Bereich Energiepolitik bin ich für ein stärkeres Engagement der EU bei BioEnergie-Kraftstoffen. - In der Patentpolitik unterstütze und verfolge ich eine realistische Position, die sinnvoll ist für Forscher, den Mittelstand und die Industrie.

Vorsitzende der interparlamentarischen Delegation EU-Mexiko

Die EU hat mit Mexiko ein Freihandelsabkommen abgeschlossen und infolge dessen gibt es eine interparlamentarische Delegation, die ich seit 2004 leite. Alle Abkommen der EU mit Drittstaaten enthalten die Verpflichtung, die Menschenrechte zu achten. Dies ist besonders dann wichtig, wenn es um junge Demokratien geht, wie im Fall von Mexiko. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten ist ausgesprochen eng. Es fanden mehrfach Treffen in Mexiko und in Europa statt. Für das Jahr 2007 sind zwei Treffen in Mexiko vorgesehen. **Am 26. Februar werde ich mit meinen Kollegen das**

VW-Werk in Puebla besichtigen. Die wichtigsten Themen waren Menschenrechte, Entwicklungsunterstützung von Regionen, Wirtschaftskooperation, Probleme an der Grenze zwischen Mexiko und USA, Forschungskooperation. Die Problematik der Menschenrechte hat mich in der schwierigsten Zeit der Auseinandersetzungen nach Oaxaca geführt. Unterstützt habe ich Mexiko auch gegen den vom amerikanischen Kongress geplanten Bau eines Grenzzaunes zwischen Mexiko und den USA.

Mitglied der interparlamentarischen Delegation EU-USA

Im Rahmen dieser Delegation werden die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem amerikanischen Kongress gepflegt. Treffen finden regelmäßig in Europa und den USA statt. Viele Ideen und Einrichtungen, die inzwischen selbstverständlich geworden sind, gehen auf Initiativen zurück, die ich initiiert oder unterstützt habe, so z.B. die Einrichtung eines EP-Büros in Washington, regelmäßige Kooperation von Ausschussvorsitzenden, fest etablierte Dialoge zwischen Verbraucherverbänden, Gewerkschaften, Forschung, Unternehmen.

Erika Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ist häufig von Konflikten geprägt, die militärische Intervention in den Irak ist nur das extremste Beispiel. Aber auch im Bereich der Gesetzgebung gibt es unterschiedliche Wertvorstellungen (z.B. Kyoto), die eine Zusammenarbeit nicht immer einfach gestalten. Zu hoffen ist, dass mit dem Sieg der Demokraten bei den Wahlen zum Kongress und zum Repräsentantenhaus im vergangenen November, eine moderate und offene Weltpolitik Oberwasser erhält. Den Vorschlag, dass die bestehenden Handelsbarrieren zwischen der EU und den USA weiter abgebaut werden müssen, habe ich im Rahmen vieler Initiativen entwickelt; dieser Vorschlag wird vom Europäischen Parlament unterstützt und ist Teil des Programms der deutschen Ratspräsidentenschaft. Dazu ist in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ am 16. November 2006 der Artikel „Wir brauchen die Vereinigten Staaten“ von mir abgedruckt worden. Zuletzt ist am 5. Januar dieses Jahres ein Interview unter anderem über mein Konzept des „Transatlantischen Marktes“ in der „HAZ“ erschienen. Meine schwierigste Reise fand 2006 nach Guantanamo gemeinsam mit fünf weiteren Kollegen aus dem EP und dem

Kongress statt.

Meine Arbeit im Wahlkreis

Es ist nicht leicht, „meine“ 22 Unterbezirke in der Arbeit gleichermaßen abzudecken. In meiner Region habe ich in den vergangenen Jahren viele Termine wahrgenommen.

Fortgesetzt habe ich die inzwischen gute Tradition **EU-Kommissare nach Niedersachsen** einzuladen (*Karel van Miert, Franz Fischer, Pascal Lamy, Philippe Busquin* in der Vergangenheit). Auf meine Einladung hin, kam der Forschungskommissar *Potocnik* im August 2006 nach Hannover und Braunschweig.

Politik für Niedersachsen bedeutet auch **Norddeutschland** insgesamt wahrzunehmen. Daher habe ich angeregt, dass der Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) im Rahmen der deutschen Ratspräsidentenschaft eine Delegationsreise in die Handels- und Hansestadt Hamburg vom 22. bis zum 23. März unternimmt. Darüber hinaus bringen mich auch die Bereiche Forschung und Handel sowie die Küsten- und Meerespolitik immer wieder in den Norden.

Zusätzlich fanden meine **Landkreisbereisungen** statt, die 2006 weitestgehend durch den Kommunalwahlkampf geprägt waren. Diese Landkreisbereisungen werde ich auch in 2007 fortführen.

Im Rahmen der **„Europagespräche“** fanden zuletzt folgende Europagespräche statt: „Mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa - Die Lissabonstrategie“, „Die Dienstleistungsrichtlinie - Jobmotor für Deutschland und Europa“ und „Reform der Zuckermarktordnung“. Diese Gespräche werden regionalisiert angeboten und finden in enger Kooperation mit meinen Kolleginnen und Kollegen (Bund, Land, Kommune) sowie den Unterbezirken und dem Bezirk statt. Geplant sind für 2007 Themen aus den Bereichen: Energie, Strukturpolitik, Menschenrechte und Handels/Entwicklungspolitik, Forschungs- und Bildungspolitik, Chancengleichheit.

Als **neue Idee** möchte ich ausgewählte **Schulen** in Niedersachsen noch aktiver und gezielter in die europäische Bildungspolitik integrieren. Im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentenschaft finden viele Initiativen in Schulen statt. Eine besondere Initiative

Erika Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments

war der EU-Projekttag, der am 22. Januar 2007 stattfand. Auf der Internetseite vom EIZ (www.eiz-niedersachsen.de) findet ihr weitere Informationen dazu. Darüber hinaus besuche ich ständig Schulen. Die geplante Sonderaktion, die in der zweiten Jahreshälfte anlaufen wird, soll einige der besonders aktiven Schulen in Niedersachsen unterstützen, die „europäische“ Arbeit machen. **In diesem Bereich sind wir noch am Anfang der Entwicklung des Projektes und freuen uns auf Anregungen und Nachfragen.**

Zusätzliche Informationen versenden wir per Email in einem monatlichen **Newsletter**. Bitte schickt uns eine Email, wenn ihr diese Informationen erhalten möchtet: **europabuero-erika.mann@spd.de**.

Neu hinzugekommen sind seit 2005 sog. **Kurz-Infos**, die für aktive SPD Mitglieder gedacht sind, die schnell über relevante Themen informiert werden möchten. Zu folgenden Themen liegen diese Infos bereits vor: Strukturpolitik, die Chemikalienpolitik REACH, Forschungs politik, Stammzellenforschung, Transatlantischer Markt zwischen der EU und den USA. Es folgen demnächst Kurz-Infos zur: Verfassungsdis-

kussion, Umweltpolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik und Informations-Medien- und Telekommunikationspolitik. Diese Mitteilungen werden ebenfalls primär per E-Mail versandt.

Auch 2007 gibt es wieder eine **Postkarte**, diesmal mit dem Slogan **27 Nationen - Ein Europa!**? Sie wurde in Cafés und Restaurants vom 1. bis zum 8. Februar professionell verteilt (Hannover, Göttingen, Braunschweig, Hildesheim, Wolfsburg und Lüneburg). Zusätzliche Karten können über mein Büro in Hannover bezogen werden. Darüber hinaus gibt es einen **aktuellen Flyer**, der eine Kurzübersicht über meine Arbeit enthält.

Meine ehrenamtlichen Aktivitäten

Beisitzerin der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) im SPD-Bezirk Hannover www.ags-agw.de; Kuratoriumsmitglied des Wissenschaftsforums der SPD www.forscher.de; Kuratoriumsmitglied des Max-Planck-Instituts für Aeronomie (MPAE) in Katlenburg-Lindau www.mps.mpg.de; Senatorin der Max-Planckgesellschaft www.mpg.de; Patin der Erika Mann Grundschule in Berlin [\[www.forscher.de\]\(http://www.forscher.de\); Kuratoriumsmitglied im Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit \[www.frauen-technik-impulse.de\]\(http://www.frauen-technik-impulse.de\); Kuratoriumsmitglied des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerkes Dortmund \[www.ibb-d.de\]\(http://www.ibb-d.de\); Vorstandsmitglied der Deutschen Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft; Mitglied der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft \[www.ape-europe.org\]\(http://www.ape-europe.org\); Vorsitzende des „Forum for the Automobile and Society“ \[www.autoandsociety.com\]\(http://www.autoandsociety.com\); Gründungsmitglied der „German European Security Association“; Gründungsmitglied und Vorsitzende der European Internet Foundation \[www.eifonline.org\]\(http://www.eifonline.org\); Vorstandsmitglied der Kangaroogroup \[www.kangaroogroup.org\]\(http://www.kangaroogroup.org\); Europäische Vorsitzende des Transatlantic Policy Networks \(TPN\) \[www.tponline.org\]\(http://www.tponline.org\); Mitglied bei Europa Donna \[www.europadonna.de\]\(http://www.europadonna.de\); Kuratoriumsmitglied bei „pol-di.net e.V.“ \[www.pol-di.net\]\(http://www.pol-di.net\)](http://www.erika-mann-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Informationen zu allen im Rechenschaftsbericht angesprochenen Themen und darüber hinaus findet ihr auf meiner Internetseite www.erikamann.com oder könnt Ihr jeder Zeit über das Europabüro in Hannover erhalten.

Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover

Europaparlament

Mann, Erika

Deutscher Bundestag

Name	Wahlkreis		
<i>Andes, Gerd</i>	WK 41 / Hannover-Stadt I	<i>Dehde, Klaus-Peter*</i>	WK 59 / Lüchow
<i>Brinkmann, Bernhard</i>	WK 48 / Hildesheim	<i>Grote, Susanne*</i>	WK 58 / Neustadt, Wunstorf nachgerückt am 08. Januar 2004
<i>Bulmahn, Edelgard</i>	WK 42 / Hannover-Stadt II	<i>Harden, Uwe*</i>	WK 62 / Winsen
<i>Edathy, Sebastian</i>	WK 40 / Nienburg II-Schaumburg	<i>Heiligenstadt, Frauke</i>	WK 22 / Northeim
<i>Griefahn, Monika</i>	WK 36 / Soltau-Fallingb. Winsen L.	<i>Hemme, Marie-Luise*</i>	WK 47 / Nienburg-Süd
<i>Kramer, Rolf</i>	WK 34 / Diepholz-Nienburg I	<i>Jüttner, Wolfgang</i>	WK 36 / Hannover-Linden
<i>Lösekrug-Möller, Gabriele</i>	WK 46 / Hameln-Pyrmont-Holzminde	<i>Lenz, Günther*</i>	WK 40 / Langenhagen
<i>Marks, Caren</i>	WK 43 / Hannover-Land I	<i>Leuschner, Sigrid*</i>	WK 35 / Hannover-Südost
<i>Miersch, Dr. Matthias</i>	WK 47 / Hannover-Land II	<i>Meinhold, Walter</i>	WK 32 / Hannover-List
<i>Oppermann, Thomas</i>	WK 53 / Göttingen	<i>Merk, Heidrun*</i>	WK 31 / Hannover-Mitte ausgeschlossen am 24. Januar 2007
<i>Priesmeier, Dr. Wilhelm</i>	WK 52 / Goslar-Northeim-Osterode	<i>Meyer, Rolf*</i>	WK 56 / Bergen
<i>Struck, Dr. Peter</i>	WK 44 / Celle-Uelzen	<i>Nahrstedt, Manfred*</i>	WK 60 / Lüneburg-Land ausgeschlossen am 08. November 2006
<i>Wegener, Hedi</i>	WK 37 / Lüchow-Dannenberg-Lüneburg	<i>Oppermann, Thomas*</i>	WK 20 / Göttingen-Land ausgeschlossen am 18. November 2005

Niedersächsischer Landtag

Name	Wahlkreis		
<i>Albers, Michael*</i>	WK 48 / Nienburg-Nord	<i>Plaue, Axel*</i>	WK 34 / Hannover-Nordost
<i>Aller, Heinrich*</i>	WK 43 / Barsinghausen	<i>Rübke, Jutta*</i>	WK 29 / Hildesheim
<i>Andretta, Dr. Gabriele</i>	WK 21 / Göttingen	<i>Schwarz, Uwe*</i>	WK 23 / Einbeck
<i>Bartling, Heiner*</i>	WK 45 / Schaumburg	<i>Seeler, Silva*</i>	WK 64 / Buchholz
<i>Brockmann, Volker*</i>	WK 26 / Hameln	<i>Somfleth, Brigitte*</i>	WK 63 / Seevetal
<i>Buß, Werner*</i>	WK 30 / Sarstedt	<i>Voigtländer, Jacques*</i>	WK 58 / Uelzen
		<i>Wiegel, Arnei*</i>	WK 57 / Celle

* Landesliste

Vorsitzende in den SPD-Unterbezirken

Unterbezirk Celle

*Wallat, Wolf (bis 6. April 2007)
Meyer, Rolf (ab 6. April 2007)*

Unterbezirk Diepholz

Kramer, Rolf

Unterbezirk Göttingen

Oppermann, Thomas

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Lösekrug-Möller, Gabriele

Unterbezirk Region Hannover

Aller, Heinrich

Unterbezirk Landkreis Harburg

Feindt, Klaus-Dieter

Unterbezirk Hildesheim

Brinkmann, Bernhard

Unterbezirk Holzminde

König, Uwe

Unterbezirk Lüneburg

*Nahrstedt, Manfred (bis Februar 2007)
Wegener, Hedi (ab Februar 2007)*

Unterbezirk Nienburg

Tonne-Jork, Elke

Unterbezirk Northeim – Einbeck

Schwarz, Uwe

Unterbezirk Schaumburg

*Bartling, Heiner (bis März 2007)
Becker, Karsten (ab März 2007)*

Unterbezirk Uelzen /

Lüchow-Dannenberg

Dehde, Klaus-Peter

Mitgliederentwicklung 1995 bis 2006

Gliederung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Celle	1.563	1.549	1.505	1.499	1.447	1.403	1.394	1.349	1.290	1.223	1.226	1.193
Diepholz	1.679	1.696	1.643	1.652	1.627	1.618	1.593	1.518	1.434	1.342	1.313	1.291
Göttingen	3.564	1.01	-3,13	0,55	-1,51	-0,55	-1,55	-4,71	-5,53	-6,42	-2,16	-1,68
		3.434	3.366	3.341	3.192	3.143	3.133	3.026	2.856	2.689	2.650	2.640
		-3,65	-1,98	-0,74	-4,46	-1,54	-0,32	-3,42	-5,62	-40,86	-1,45	-0,38
Hameln-Pyrmont	3.029	2.932	2.854	2.858	2.718	2.682	2.626	2.495	2.344	2.177	2.093	2.064
		-3,20	-2,66	0,14	-4,90	-1,32	-2,09	-4,99	-6,05	-7,12	-3,86	-1,39
Hannover-Land*	8.913	8.722	8.514	8.472	8.192	8.068	7.982	7.768				
		-2,14	-2,38	-0,49	-3,31	-1,51	-1,07	-2,68				
Hannover-Stadt*	6.545	6.259	5.984	5.739	5.617	5.539	5.373	5.227				
		-4,37	-4,39	-4,09	-2,13	-1,39	-3,00	-2,72				
Region Hannover*	15.458	14.981	14.498	14.211	13.809	13.607	13.355	12.995	12.195	11.324	11.157	10.804
		-3,09	-3,22	-1,98	-2,83	-1,46	-1,85	-2,70	-6,16	-7,14	-1,47	-3,16
LK Harburg	1.723	1.686	1.596	1.595	1.511	1.506	1.560	1.542	1.461	1.379	1.383	1.371
		-2,15	-5,34	-0,06	-5,27	-0,33	3,59	-1,15	-5,25	-5,61	0,29	-0,87
Hildesheim	5.821	5.772	5.541	5.523	5.260	5.233	5.199	5.001	4.708	4.392	4.297	4.244
		-0,84	-4,00	-0,32	-4,76	-0,51	-0,65	-3,81	-5,86	-6,71	-2,16	-1,23
Holzminden	2.201	2.198	2.147	2.145	2.013	1.997	1.989	1.926	1.807	1.694	1.641	1.576
		-0,14	-2,32	-0,09	-6,15	-0,79	-0,40	-3,17	-6,18	-6,25	-3,13	-3,96
Lüneburg	1.482	1.481	1.435	1.441	1.436	1.436	1.428	1.369	1.306	1.243	1.260	1.270
		-0,07	-3,11	0,42	-0,35	0,00	-0,56	-4,13	-4,60	-4,82	1,37	0,79
Nienburg	1.410	1.395	1.368	1.380	1.326	1.316	1.330	1.284	1.224	1.149	1.115	1.114
		-1,06	-1,94	0,88	-3,91	-0,75	1,06	-3,46	-4,67	-6,13	-2,96	-0,09
Northeim	3.621	3.579	3.451	3.427	3.255	3.212	3.155	3.071	2.912	2.683	2.581	2.512
		-1,16	-3,58	-0,70	-5,02	-1,32	-1,77	-2,66	-5,18	-7,86	-3,80	-2,67
Schaumburg	3.446	3.378	3.284	3.241	3.159	3.129	3.103	2.972	2.771	2.580	2.496	2.481
		-1,97	-2,78	-1,31	-2,53	-0,95	-0,83	-4,22	-6,76	-6,89	-3,26	-0,60
Uelzen	1.398	1.437	1.396	1.403	1.346	1.322	1.319	1.272	1.207	1.149	1.108	1.100
		2,79	-2,85	0,50	-4,06	-1,78	-0,23	-3,56	-5,11	-4,81	-3,57	-0,72
Bezirk Hannover	46.395	45.518	44.084	43.716	42.099	41.604	41.184	39.820	37.515	35.024	34.320	33.660
		-1,89	-3,15	-0,83	-3,70	-1,18	-1,01	-3,31	-5,79	-6,64	-2,01	-1,92
		-877	-1.434	-368	-1.617	-495	-420	-1.364	-2.305	-2.491	-704	-660

* = Die beiden Unterbezirke Hannover-Stadt und Hannover-Land sind im Februar 2005 zum Unterbezirk Region Hannover fusioniert, werden hier aber statistisch bereits ab 2003 gemeinsam erfasst.

Unterbezirksbüros im SPD-Bezirk Hannover

Unterbezirk Celle

Brauhausstraße 5
29204 Celle
Postfach 14 63
29204 Celle
Tel.: (0 51 41) 26 66 2
FAX: (0 51 41) 21 48 81
Büroleiterin: Uschi Helmers
Büro: Anne Tönniges (Auszubildende)
Internet: www.spd-celle.de
E-Mail: celle@spd.de

Unterbezirk Diepholz

Bremer Straße 25
27211 Bassum
Postfach 13 64
27203 Bassum
Tel.: (0 42 41) 44 03
FAX: (0 42 41) 53 16
Büroleiterin: Maren Lauener
Internet: www.spd-diepholz.de
E-Mail: diepholz@spd.de

Unterbezirk Göttingen

Nikolaistraße 30
37073 Göttingen
Tel.: (05 51) 50 31 10
FAX: (05 51) 50 31 12 2
Büroleiterin: Silvia Geserick
Büro: Ingrid Reusche
Internet: www.spd-ub-goettingen.de
E-Mail: goettingen@spd.de

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 10 73 38 0
FAX: (0 51 51) 10 73 39 4
Büroleiter: Peter Schulze
Internet: www.spd-hameln-pyrmont.de
E-Mail: hameln-pyrmont@spd.de

Unterbezirk Region Hannover

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Tel.: (05 11) 16 74-249
(05 11) 16 74-250
FAX: (05 11) 16 74-267
(05 11) 16 74-266
Büroleiter: Matthias Büschking
Büro: Beate Hollstein, Britta Köhne, Anja
Wilhelmy
Internet: www.spd-region-hannover.de
E-Mail: region.hannover@spd.de

Unterbezirk Landkreis Harburg

Steinbecker Straße 24
21244 Buchholz
Tel.: (0 41 81) 53 58
FAX: (0 41 81) 31 95 8
Geschäftsführerin: Monika Strecker
Büro: Ulrike Wlecke
Internet: www.spd-lkharburg.de
E-Mail: landkreis-harburg@spd.de

Unterbezirksbüros im SPD-Bezirk Hannover

Unterbezirk Hildesheim

Rathausstraße 13B
31134 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 34 63 0
FAX: (0 51 21) 31 54 5
Büroleiter: Mathias Frank (bis 31.07.07)
Büroleiterin: Birgit Abraham (ab 01.08.07)
Büro: Elisabeth Stellmach
Internet: www.spd-ub-hildesheim.de
E-Mail: hildesheim@spd.de

Unterbezirk Holzminden

Wilhelm-Raabe-Straße 3
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 50 39
FAX: (0 55 31) 10 86 2 (über Büro MdB)
Büroleiterin: Birgit Hart
Internet: www.spd-holzminden.de
E-Mail: holzminden@spd.de

Unterbezirk Lüneburg

Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 33 11 8
FAX: (0 41 31) 33 10 4
Büroleiterin: Anke Boye
Internet: www.spd-kreis-lueneburg.de
E-Mail: lueneburg@spd.de

Unterbezirk Nienburg

Georgstraße 28
31582 Nienburg/Weser
Postfach 17 70
31567 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 37 38
FAX: (0 50 21) 14 56 4
Büroleiterin: Christine Rinne
Internet: www.spd-landkreis-nienburg.de
E-Mail: nienburg@spd.de

Unterbezirk Northeim-Einbeck

Scharnhorstplatz 8
37154 Northeim
Tel.: (0 55 51) 36 67
FAX: (0 55 51) 66 94 1
Büroleiterin: Katja Oltmanns
Internet: www.spd-northeim-einbeck.de
E-Mail: northeim-einbeck@spd.de

Unterbezirk Schaumburg

Brennerstraße 8
31737 Rinteln
Tel.: (0 57 51) 26 44
FAX: (0 57 51) 44 55 1 (über Büro MdB)
Geschäftsführerin: Grit Schmidt
Büro: Doris Bunte
Internet: www.spd-schaumburg.de
E-Mail: schaumburg@spd.de

Unterbezirk Uelzen-Lüchow / Dannenberg

Lüneburger Straße 42
29525 Uelzen
Postfach 19 47
29509 Uelzen
Tel.: (05 81) 52 81
FAX: (05 81) 52 90
Büroleiter: Oliver Draber
Internet: www.spd-uelzen.de
www.spd-luechow-dannenberg.de
E-Mail:
uelzen.luechow-dannenberg@spd.de